

VERGABEUNTERLAGEN

2026001331

KW2 - Energiekonzept TGA

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb (EU) (VgV)

Teilnahmewettbewerb

AUFTRAGGEBER

Stadt Nürnberg - Stadtentwässerung und Umweltanalytik Nürnberg
Adolf-Braun-Str. 33, 90429 Nürnberg, Deutschland

20.05.2026

Inhaltsverzeichnis

Teilnahmeunterlagen.....	1
Veröffentlichungstexte Teilnahmewettbewerb.....	1
.....	5
Stadt Nürnberg VgV	5
Bewerbungsbedingungen VgV.....	5
Zusätzliche Allgemeine Vertragsbedingungen (ZAVB)	7
Besondere Vertragsbedingungen (BVB) UVgO-VgV	14
Datenschutzhinweis Vergabeverfahren.....	15
Datenschutzhinweis Bieterkartei	17
Erklärung nach dem Arbeitnehmerentsendegesetz (AEntG) und dem Mindestlohngesetz (MiLoG)	19
RS_EU_Sanktion_bmwsb_eigenerklaerung.pdf	20
Eignungskriterien.....	22
Anlagen	38



Allgemeine Informationen zum Verfahren

Es ist beabsichtigt, die in der Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen zu vergeben. Einzelheiten ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

Projektinformationen	
Projektnummer:	2026001331
Projektname:	KW2 - Energiekonzept TGA
Gewerk:	Planung der TGA, Anlagengruppen 1, 2, 3 und 8 nach HOAI
Projektbeschreibung:	Erarbeitung von Sanierungs- und Versorgungskonzepten für die technischen Anlagen sowie die Planungsleistungen nach HOAI für die umzusetzende Variante
CPV-Code	Code Bezeichnung
	71240000-2 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen
	71300000-1 Dienstleistungen von Ingenieurbüros
	71320000-7 Planungsleistungen im Bauwesen
Vergabeart:	Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb (EU) gemäß VgV
Termine	
Bekanntmachung am:	22.05.2026
Einreichungsfrist Teilnahmeantrag:	bis einschließlich 22.06.2026 um 23:59:00 Uhr
Angebotsfrist:	bis einschließlich um Uhr
Eröffnungstermin:	am ab Uhr
Bindefrist:	bis einschließlich
geplante Ausführungsdauer:	vom 01.12.2026 bis einschließlich 30.11.2029
Anmerkungen zur Ausführungsdauer:	

1. Auskünfte

Auskünfte erteilt die Vergabestelle (sofern in der Leistungsbeschreibung keine abweichenden Angaben gemacht werden). Der Einwand, dass der Bieter über den Umfang der Leistung oder über die Art und Weise der Ausführung nicht genügend unterrichtet gewesen sei, wird ausgeschlossen.

Die Kommunikation mit der Vergabestelle erfolgt ausschließlich über das Nachrichtenmodul im Vergabemanagementsystem der Deutschen eVergabe. Bieterfragen müssen unter "Nachrichten" im eVergabe Bieterassistenten gestellt, sowie Antworten dort geprüft werden. Fragen auf anderen Kommunikationswegen, wie telefonische, schriftliche oder E-Mail Anfragen werden nicht beantwortet. Den Assistenten erreichen Sie unter folgender Adresse: <https://portal.deutsche-evergabe.de>. Bieterfragen müssen bis spätestens 12.06.2026 23:59 Uhr eingegangen sein, für später eingehende Fragen wird deren Beantwortung nicht zugesichert. Hinweis: Sie erhalten unmittelbar nach Beantwortung einer Bieterfrage eine Benachrichtigung per E-Mail über das Vorliegen von Antworten im Bieterassistenten. Sie müssen daher alle Antworten im Assistenten prüfen und dort zur Kenntnis nehmen.

2. Kriterien für die Auftragsvergabe

Bewertungsmethode: Wirtschaftlichstes Angebot
Berechnungsmethode: Freie Verhältnismahl Preis/Leistung
Gewichtung: 30%: 70%
Gewichtung: siehe in der Leistungsbeschreibung
Gelten besondere Zuschlagskriterien, werden diese bekannt gemacht und können dann als Wertungsmatrix in der Angebotsmaske des Bieterassistenten eingesehen werden.

3. Bedarfspositionen

Eventuelle Bedarfspositionen werden grundsätzlich gewertet.

4. Nebenangebote

Nebenangebote sind nicht zugelassen

Hinweise für das Erstellen von Nebenangeboten:

Falls die Abgabe von Nebenangeboten zugelassen ist, sind diese über die Option „Nebenangebote erstellen“ zu erstellen und nicht als Anlage des Hauptangebots hochzuladen. Eine genaue Anleitung für die korrekte Erstellung von Nebenangeboten finden Sie hier.

5. Preisnachlässe

Es werden nur Preisnachlässe gewertet, die ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden und an der dafür vorgesehenen Stelle (in der Angebotsmaske des Bieterassistenten im Unterpunkt "Nachlass") aufgeführt sind. Nicht zu wertende Preisnachlässe (z.B. Skonti) bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

Soweit nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart ist, wird ein als Vomhundertsatz angebotener Preisnachlass bei der Abrechnung und den Zahlungen von den Einheits- und Pauschalpreisen abgezogen, auch von denen der Nachträge, deren Preise auf der Grundlage der Preisermittlung für die vertragliche Leistung zu bilden sind. Änderungssätze bei vereinbarter Lohnleitklausel werden durch den Preisnachlass nicht verringert.

6. Losaufteilung

Eine Losaufteilung ist vorgesehen: Nein
Art der Losauswahl:

7. Eigene Geschäftsbedingungen

Werden dem Angebot eigene Vertrags- oder Geschäftsbedingungen des Bieters (z.B. Individualklauseln, AGB, Eigentumsvorbehalte, Zahlungsziele) beigelegt, wird das Angebot gem. § 42 Abs. 1 Nr. 4 UVgO bzw. § 53 Abs. 7 Satz 1 iVm § 57 Abs. 1 Nr. 4 VgV ausgeschlossen, wenn eine Aufklärung ergibt, dass der Bieter an seinen Bedingungen festhalten möchte und damit tatsächlich von den Inhalten der Vergabeunterlagen abweichen will.

8. Vergabeunterlagen/ Vertragsbedingungen

Mit der Angebotsabgabe werden die im Angebotsassistenten (Workflowpunkte Vertragsbedingungen/Formulare und Produkte/Leistungen) hinterlegten und aufgeführten Vertragsbedingungen, die Leistungsbeschreibung sowie die VOL/B, in der am Tage der Angebotseröffnung gültigen Fassung, Vertragsbestandteil. Die Rangfolge richtet sich nach § 1 VOL/B.

Insbesondere sind die Bewerbungsbedingungen und die ergänzende Erklärung zur Angebotsabgabe zu beachten, die bereits mit Angebotsabgabe verbindlich gelten.

9. Bindefrist

Mit Abgabe des Angebots ist der Bieter bis zum Ablauf der Bindefrist an sein Angebot gebunden.

10. Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen

Eine wissentlich unvollständige oder falsche Erklärung im Vergabeverfahren kann den Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge haben.

11. Datenschutz

a) Verarbeitung personenbezogener Daten durch freiwillige Angabe

Die von den Bietern erbetenen personenbezogenen Angaben werden im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert. Die Angaben erfolgen freiwillig und sind Voraussetzung für die Berücksichtigung des Angebotes.

b) Qualifizierter Datenschutzhinweis

Ein qualifizierter Datenschutzhinweis im Zusammenhang mit der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen ist Bestandteil der Vergabeunterlagen.

c) Personenbezogene Daten Dritter

Werden der Auftraggeberin personenbezogene Daten Dritter (z.B. von Mitarbeitern des Auftragnehmers/der Auftragnehmerin) als Betroffene übermittelt, so ist der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin für die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Verpflichtungen diesbezüglich eigenständig verantwortlich. Auf die Freiwilligkeit ihrer Angaben ist hinzuweisen und der qualifizierte Datenschutzhinweis der Auftraggeberin ist den Betroffenen bekannt zu machen.

d) Gemäß DSGVO ist der Abschluss einer Vereinbarung zur Auftragsdatenverarbeitung

notwendig, wenn die Auftraggeberin einen Auftrag zur Verarbeitung personenbezogener Daten erteilt und/oder im Zuge eines Pflege-/Wartungsvertrages eine Fernwartung vereinbart wird.

Ergibt sich die Notwendigkeit einer Auftragsvereinbarung erst während der Vertragslaufzeit, wird eine Vereinbarung auf Basis eines Vertragsmusters der Auftraggeberin geschlossen.

12. Form der Angebotsabgabe

Durch die elektronische Angebotsabgabe ist das Textformerfordernis gemäß § 126 b BGB erfüllt. Die Angebotsabgabe auf herkömmlichem vollständig schriftlichem Weg (Papierform) ist in diesem Verfahren nicht zugelassen.

Bei Rückfragen zur Bedienung der Software wenden Sie sich bitte an den Support der Firma Healy Hudson: Diesen erreichen Sie über die Schaltfläche/Funktion "Support aktivieren" in Ihrem Angebotsassistenten oder über die E-Mailadresse service-bieter@deutsche-evergabe.de. Die Angebotsunterlagen sind in der Eingabemaske im Bieterassistenten auszufüllen und bis zum Einreichungstermin über die Vergabeplattform abzugeben. Die Angebotsfrist finden Sie unter Allgemeines > Termine. Um Angebote außerhalb des Vergabemanagementsystems elektronisch bearbeiten zu können, verwenden Sie bitte Ihre Kalkulationssoftware oder eines der im Internet kostenlos zur Verfügung gestellten AVA-Programme (z. B. unter www.heitker.de).

13. Kalkulation

Bei Leistungen des Gebäudereinigerhandwerks sind von den für die Beauftragung in Frage kommenden Bietern ausgefüllte Kalkulationsblätter 221 oder 222 und 223 vor der Auftragserteilung zu übermitteln. Im Formblatt 223 sind alle Positionen des Leistungsverzeichnisses aufzugliedern. Bis zu einer Angebotssumme von 50.000 € behält sich der Auftraggeber vor, nur ausgewählte Positionen im Formblatt 223 aufgliedern zu lassen. Die Nachforderung der Aufgliederung der Leistungen des/der Nachunternehmer(s) wird vorbehalten.

14. Nachprüfungsbehörde

Vergabekammer Nordbayern

bei der Regierung von Mittelfranken

Promenade 27, 91522 Ansbach

15. Wichtige Bieterhinweise

Es wird vorsorglich darauf hingewiesen, dass Änderungen der Ausschreibungsunterlagen zwingend zum Angebotsausschluss führen, auch wenn diese unabsichtlich oder unbewusst erfolgen.

Zu einer Änderung der Ausschreibungsunterlagen kann es beispielsweise durch Angebotserläuterungen, welche der Leistungsbeschreibung oder den Vertragsbedingungen widersprechen, kommen, ebenso durch Textergänzungen oder Eintragungen in die Vergabeunterlagen.

Eigene Vertragsbedingungen des Bieters (insbesondere Liefer-, Vertrags- und Zahlungsbedingungen, unabhängig davon ob es sich um vorformulierte Geschäftsbedingungen oder Individualklauseln handelt) werden in keinem Fall Vertragsbestandteil. Darunter fallen beispielsweise auch Hinweise zum Zahlungsziel, zum Gerichtsstand oder die Erklärung von Eigentumsvorbehalten. Werden dennoch eigene Vertragsbedingungen mit dem Angebot eingereicht, wird die Auftraggeberin im Rahmen des rechtlich Zulässigen aufklären, ob es sich bei der Beifügung um ein Missverständnis oder ein Versehen handelt und inwieweit der Bieter an seinen Vertragsbedingungen festhalten will. Sieht der Bieter von seinen eigenen Vertragsbedingungen ab und erklärt, dass er an diesen nicht festhält und verbleibt nach deren Streichung ein dem maßgeblichen Inhalt der Vergabeunterlagen vollständig entsprechendes Angebot, erfolgt kein Ausschluss des Angebotes. Will der Bieter hingegen von seinen Vertragsbedingungen keinen Abstand nehmen, liegt eine gewollte Änderung der Vergabeunterlagen vor, die zum Angebotsausschluss führt.

Des weiteren können Angebote nicht gewertet werden, die nicht rechtzeitig vor dem Ende der Angebotsfrist im System eingestellt sind.

Geänderte Leistungen können nur im Rahmen von Nebenangeboten abgegeben werden, wenn diese ausdrücklich zugelassen sind. Um gewertet zu werden, müssen Nebenangebote als solche gekennzeichnet sein. Nebenangebote müssen gleichwertig zur ausgeschriebenen Leistung sein.

Die nachträgliche Änderung eines Angebots ist nicht möglich. Dies betrifft nicht nur die Angebotspreise, sondern z.B. auch Fabrikate, die Bauzeit oder den Umfang der Eigenleistung.

BEWERBUNGSBEDINGUNGEN

Hinweis

Das Vergabeverfahren erfolgt nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung - VgV).

1.1 Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters/Bewerbers Unklarheiten, so hat der Bieter/Bewerber die Vergabestelle unverzüglich vor Angebotsabgabe in Textform darauf hinzuweisen.

1.2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bieter/Bewerbern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen. Zur Bekämpfung der Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs hat der Bieter/Bewerber auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist. Dies gilt insbesondere für Bietergemeinschaften.

1.3 Angebot

1.3.1 Das Angebot ist in all seinen Bestandteilen in deutscher Sprache abzufassen.

1.3.2 Bei elektronischer Angebotsübermittlung in Textform ist der Bieter/Bewerber und die natürliche Person, die die Erklärung abgibt, zu benennen; falls vorgegeben, ist das Angebot mit der geforderten Signatur/dem geforderten Siegel zu versehen. Das Angebot ist zusammen mit den Anlagen bis zum Ablauf der Angebotsfrist über die Vergabeplattform der Vergabestelle zu übermitteln.

1.3.3 Die Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze usw.) sind in Euro (Bruchteile in vollen Cent) ohne Umsatzsteuer anzugeben. Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes am Schluss des Angebots hinzuzufügen. Die Berechtigung zur Verrechnung ermäßigter Steuersätze ist mit dem Angebot nachzuweisen. Soweit ihre Wertung in den Informationen zum Verfahren nicht ausdrücklich vorgesehen ist, werden nur Preisnachlässe gewertet, die

- ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden
- an der dafür vorgesehenen Stelle aufgeführt sind.

Nicht zu wertende Preisnachlässe (z.B. Skonti) bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

1.3.4 Das Angebot muss vollständig sein; unvollständige Angebote können ausgeschlossen werden.

Das Angebot muss die Preise und die in den Vergabeunterlagen geforderten Erklärungen und Angaben enthalten. Die Preise des Angebots müssen grundsätzlich auch die Kosten aller zur Leistung erforderlichen Stoffe, Hilfsstoffe und Lohnnebenkosten sowie alle Nebenleistungen enthalten.

Enthält die Leistungsbeschreibung bei einer Teilleistung eine Produktangabe mit Zusatz „oder gleichwertiger Art“ und wird vom Bieter/Bewerber dazu eine Produktangabe verlangt, ist das Fabrikat (insbesondere Herstellerangabe und genaue Typbezeichnung) auch dann anzugeben, wenn der Bieter/Bewerber das vorgegebene Fabrikat anbieten will. Fehlt diese Angabe, ist das Angebot unvollständig.

Änderungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig.

Entspricht der Gesamtbetrag einer Ordnungszahl (Position) nicht dem Ergebnis der Multiplikation von Mengenansatz und Einheitspreis, so ist der Einheitspreis maßgebend.

1.3.5 Wird in der Ausschreibung auf Normen, technische Spezifikationen, europäische technische Zulassungen Bezug genommen, wird das Angebot auch gewertet, sofern der Bieter/Bewerber in seinem Angebot mit geeigneten Mitteln nachweist, dass die von ihm angebotene Lösung den Anforderungen der technischen Spezifikation, auf die Bezug genommen wurde, gleichermaßen entspricht.

1.3.6 Muster und Proben müssen als zum Angebot gehörig gekennzeichnet sein.

1.4. Datenschutz

- 1.4.1 Die von den Bietern/Bewerbern erbetenen personenbezogenen Angaben werden im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert. Die Angaben erfolgen freiwillig und sind Voraussetzung für die Berücksichtigung des Angebotes.
- 1.4.2 Ein qualifizierter Datenschutzhinweis im Zusammenhang mit der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen ist Bestandteil der Vergabeunterlagen.
- 1.4.3. Werden der Auftraggeberin personenbezogene Daten Dritter (z.B. von Mitarbeitern des Auftragnehmers/der Auftragnehmerin) als Betroffene übermittelt, so ist der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin für die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Verpflichtungen diesbezüglich eigenständig verantwortlich. Auf die Freiwilligkeit ihrer Angaben ist hinzuweisen und der qualifizierte Datenschutzhinweis der Auftraggeberin ist den Betroffenen bekannt zu machen.

1.5 Nebenangebote

- 1.5.1 Soweit Nebenangebote zugelassen sind, müssen sie die geforderten Mindestanforderungen erfüllen. Sie müssen als solche gekennzeichnet sein, ihre Anzahl ist an der im dafür vorgesehenen Stelle aufzuführen.
- 1.5.2 Nebenangebote müssen qualitativ und quantitativ die durch die Leistungsbeschreibung vorgegebenen Mindestkriterien erfüllen. Sie müssen damit mindestens
- die funktionalen Anforderungen und
 - die wirtschaftlichen Kriterien der ausgeschriebenen Lösung erfüllen, insbesondere Gebrauchstauglichkeit, Folgekosten, Lebensdauer.
- Die Gleichwertigkeit ist mit dem Nebenangebot nachzuweisen.
- 1.5.3 Der Bieter/Bewerber hat die in Nebenangeboten enthaltenen Leistungen eindeutig und erschöpfend zu beschreiben; die Gliederung des Leistungsverzeichnisses ist, soweit möglich, beizubehalten.
- Nebenangebote müssen alle Leistungen umfassen, die zu einer einwandfreien Ausführung der Leistung erforderlich sind.
- Soweit der Bieter/Bewerber eine Leistung anbietet, deren Ausführung nicht in Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen oder in den Vergabeunterlagen geregelt ist, hat er im Angebot entsprechende Angaben über Ausführung und Beschaffenheit dieser Leistung zu machen.
- 1.5.4 Nebenangebote sind, soweit sie Teilleistungen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses beeinflussen (ändern, ersetzen, entfallen lassen, zusätzlich erfordern), nach Mengenansätzen und Einzelpreisen aufzugliedern (auch bei Vergütung durch Pauschalsumme).
- 1.5.5 Nebenangebote, die den Nummern 1.5.1 bis 1.5.4 nicht entsprechen, können nicht gewertet werden.

1.6 Bietergemeinschaften

- 1.6.1 Bietergemeinschaften haben mit ihrem Angebot eine Erklärung abzugeben,
- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft (oder vergleichbarer Zusammenschluss) im Auftragsfall erklärt ist,
 - in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
 - dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
 - dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.
- 1.6.2 Beim Nichtoffenen Verfahren und bei Beschränkter Ausschreibung werden Angebote von Bietergemeinschaften, die sich erst nach der Aufforderung zur Angebotsabgabe aus aufgeforderten Unternehmern gebildet haben, nicht zugelassen.

1.7 Benachrichtigung

Nichtberücksichtigte Bieter/Bewerber erhalten eine Benachrichtigung nach § 134 GWB. Eine Unterrichtung der Bieter erfolgt zudem gem. § 62 VgV.

ZUSÄTZLICHE ALLGEMEINE VERTRAGSBEDINGUNGEN für die Ausführung von Leistungen

Hinweis

Die genannten Paragraphen beziehen sich auf die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B).

1 Art und Umfang der Leistung, Preise (§ 1 VOL/B)

Die vereinbarten Preise enthalten auch die Kosten für die zur Leistung erforderlichen Arbeitsmittel, Betriebs- und Hilfsstoffe wie Reinigungsmittel, Verpackung o.ä. und die notwendigen Hilfsleistungen wie Transporte, Auf- und Abladen frei Verwendungsstelle, sofern in der Leistungsbeschreibung nichts anderes angegeben ist. Etwaige Patentgebühren und Lizenzvergütungen sind durch den Preis für die Lieferung/Leistung abgegolten.

Packstoffe hat der Auftragnehmer zurückzunehmen und ggf. wie auch durch seinen Auftrag entstandene Abfälle auf seine Kosten fachgerecht zu beseitigen.

Wenn der Auftragnehmer für sein Angebot eine selbst gefertigte Abschrift oder Kurzfassung benutzt hat, ist allein die vom Auftraggeber verfasste Leistungsbeschreibung verbindlich

Sind in der Leistungsbeschreibung für die wahlweise Ausführung einer Leistung Wahlpositionen (Alternativpositionen) oder für die Ausführung einer nur im Bedarfsfall erforderlichen Leistung Bedarfspositionen (Eventualpositionen) vorgesehen, ist der Auftragnehmer verpflichtet, die in diesen Positionen beschriebenen Leistungen nach Aufforderung durch den Auftraggeber auszuführen. Die Entscheidung über die Ausführung von Wahlpositionen trifft der Auftraggeber in der Regel bei Auftragserteilung, über die Ausführung von Bedarfspositionen nach Auftragserteilung.

2 Einheitspreise

Der Einheitspreis ist der vertragliche Preis, auch wenn im Angebot der Gesamtbetrag einer Ordnungszahl (Position) nicht dem Ergebnis der Multiplikation von Mengenansatz und Einheitspreis entspricht.

3 Änderung der Leistung (§ 2 VOL/B)

3.1 Beansprucht der Auftragnehmer aufgrund von § 2 Nr.3 eine erhöhte Vergütung, muss er dies dem Auftraggeber unverzüglich – möglichst vor Ausführung der Leistung und möglichst der Höhe nach – schriftlich mitteilen.

3.2 Sind nach § 2 Preise zu vereinbaren, hat der Auftragnehmer auf Verlangen seine Preisermittlungen für diese Preise und für die vertragliche Leistung vorzulegen und Mehr- und Minderkosten nachzuweisen.

4 Ausführungsunterlagen (§ 3 VOL/B)

Der Ausführung dürfen nur Unterlagen zugrundegelegt werden, die vom Auftraggeber als zur Ausführung bestimmt gekennzeichnet sind.

5 Ausführung der Leistung (§ 4 VOL/B)

- 5.1 Der Auftraggeber kann sich über die vertragsgemäße Ausführung der Leistung unterrichten.
- 5.2 Solange der Vertrag nicht beiderseits vollständig erfüllt ist, hat der Auftragnehmer jede Änderung seiner Zugehörigkeit zur Berufsgenossenschaft dem Auftraggeber unverzüglich unaufgefordert mitzuteilen.
- 5.3 Nach- oder Subunternehmer treten in keinem Fall in rechtliche oder vertragliche Beziehungen zum Auftraggeber. Der Auftragnehmer hat also derartige weiter gegebene Aufträge in eigenem Namen und auf eigene Rechnung zu erteilen. Die Abrechnung gegenüber dem Auftraggeber erfolgt nur mit dem Auftragnehmer.
- 5.4 Der Auftragnehmer hat bei der Ausführung der Leistung alle für ihn geltenden rechtlichen Verpflichtungen einzuhalten, insbesondere den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wenigstens diejenigen Mindestbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die nach dem Mindestlohngesetz, einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmerentsendegesetzes (AEntG) für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag oder einer nach § 7, § 7a oder § 11 AEntG oder einer nach § 3a AÜG erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden, sowie gem. § 7 Abs. 1 AGG und § 3 Abs. 1 EntgTranspG Frauen und Männern bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit gleiches Entgelt zu bezahlen. Der Auftragnehmer hat die Einhaltung der Verpflichtungen auf Verlangen durch die Vorlage prüffähiger Unterlagen nachzuweisen. Bei einem Einsatz von Nach- oder Subunternehmern sind diese durch den Auftragnehmer entsprechend zu verpflichten und haben die Einhaltung der Verpflichtungen in gleicher Weise auf Verlangen nachzuweisen.

6 Kündigung aus wichtigem Grund (§ 8 VOL/B)

Ein wichtiger Grund liegt auch vor, wenn der Auftragnehmer Personen, die auf Seiten des Auftraggebers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind oder ihnen nahestehenden Personen Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt. Solchen Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihm beauftragt oder für ihn tätig sind. Dabei ist es gleichgültig, ob die Vorteile den vorgenannten Personen oder in ihrem Interesse einem Dritten angeboten, versprochen oder gewährt werden.

7 Wettbewerbsbeschränkungen (§ 8 Nr. 2 VOL/B)

Wenn der Auftragnehmer aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, hat er 15 v.H. der Auftragssumme an den Auftraggeber zu zahlen, es sei denn, dass ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen wird.

Dies gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt wird oder bereits erfüllt ist.

Sonstige vertragliche oder gesetzliche Ansprüche des Auftraggebers, insbesondere solche aus § 8 Nr. 2 VOL/B, bleiben unberührt.

Als unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen gelten insbesondere Verabredungen und Verhandlungen mit anderen Bietern über

- die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten,
- die zu fordernden Preise,
- Bindungen sonstiger Entgelte,

- Gewinnaufschläge,
 - Verarbeitungsspannen und andere Preisbestandteile,
 - Zahlungs-, Lieferungs- und andere Vertragsbedingungen, soweit sie unmittelbar oder mittelbar den Preis beeinflussen,
 - Entrichtung von Ausfallentschädigungen oder Abstandszahlungen,
 - Gewinnbeteiligungen oder andere Aufgaben, sowie Empfehlungen,
- es sei denn, dass sie nach § 24 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) zulässig sind. Solchen Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihm beauftragt oder für ihn tätig sind.

8 Abnahme (§ 13 VOL/B)

- 8.1 Die Lieferung oder Leistung wird förmlich abgenommen.
- 8.2 Die Gefahr geht grundsätzlich erst mit der Abnahme auf den Auftraggeber über.

9 Mängelansprüche (§ 14 VOL/B)

Die Verjährung für Mängelansprüche beginnt mit der Abnahme der Leistung bzw. Lieferung.

10 Rechnungen (§§ 15 und 17 VOL/B)

- 10.1 Rechnungen sind ihrem Zweck nach als Abschlags-, Teilschluss- oder Schlussrechnung zu bezeichnen; die Abschlags- und Teilschlussrechnungen sind durchlaufend zu nummerieren.
- 10.2 In jeder Rechnung sind die Teilleistungen in der Reihenfolge, mit der Ordnungszahl (Position) und der Bezeichnung – gegebenenfalls abgekürzt – wie in der Leistungsbeschreibung aufzuführen.
- 10.3 Die Rechnungen sind mit den Vertragspreisen ohne Umsatzsteuer (Nettopreise) in Euro aufzustellen: der Umsatzsteuerbetrag ist am Schluss der Rechnung mit dem Steuersatz einzusetzen, der zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuer, bei Schlussrechnungen zum Zeitpunkt des Bewirkens der Leistung, gilt. Beim Überschreiten von Vertragsfristen, die der Auftragnehmer zu vertreten hat, wird die Differenz zwischen dem aktuellen Umsatzsteuerbetrag und dem bei Fristablauf maßgebenden Umsatzsteuerbetrag nicht erstattet.
- 10.4 In jeder Rechnung sind Umfang und Wert aller bisherigen Leistungen und die bereits erhaltenen Zahlungen mit gesondertem Ausweis der darin enthaltenen Umsatzsteuerbeträge anzugeben.
- 10.5 Alle Rechnungen und sonstige Abrechnungsunterlagen sind vom Auftragnehmer in 2-facher Ausfertigung einzureichen.

11 Leistungen nach Stundenverrechnungssätzen (§ 16 VOL/B)

Der Auftragnehmer hat über Leistungen nach Stundenverrechnungssätzen arbeitstäglich Listen in zweifacher Ausfertigung einzureichen. Diese müssen

- das Datum,
- die genaue Bezeichnung des Ausführungsortes,
- die Art der Leistung,

- die Namen der Arbeitskräfte und deren Berufs-, Lohn- oder Gehaltsgruppe,
 - die geleisteten Arbeitsstunden je Arbeitskraft, ggf. aufgegliedert nach Mehr-, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit, sowie nach im Verrechnungssatz nicht enthaltenen Erschwernissen und
 - die Gerätekenngößen
- enthalten.

Rechnungen über Stundenverrechnungssätze müssen entsprechend den Listen aufgegliedert werden.

Die Originale der Listen behält der Auftraggeber, die bescheinigten Durchschriften erhält der Auftragnehmer.

12 Zahlungen (§ 17 VOL/B)

- 12.1 Alle Zahlungen werden bargeldlos im Überweisungsverkehr in Euro geleistet.
- 12.2 Als Tag der Zahlung gilt bei Überweisung von einem Konto der Tag, an dem das Geldinstitut den ausführbaren Zahlungsauftrag erhalten hat.
- 12.3 Bei Arbeitsgemeinschaften werden Zahlungen mit befreiender Wirkung für den Auftraggeber an den für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft oder nach dessen schriftlicher Weisung geleistet. Dies gilt auch nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft.
- 12.4 Für Vorauszahlungen ist stets besondere Sicherheit durch selbstschuldnerische Bürgschaft nach dem vom Auftraggeber vorgeschriebenen Muster für den Zahlungsbetrag incl. Mehrwertsteuer zu leisten.

13 Überzahlungen (§ 17 VOL/B)

- 13.1 Bei Rückforderungen des Auftraggebers aus Überzahlungen (§§ 812 ff. BGB) kann sich der Auftragnehmer nicht auf den Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen.
- 13.2 Im Falle einer Überzahlung hat der Auftragnehmer den überzahlten Betrag zu erstatten.

Leistet er innerhalb von 14 Kalendertagen nach Zugang des Rückforderungsschreibens nicht, befindet er sich ab diesem Zeitpunkt mit seiner Zahlungsverpflichtung in Verzug und hat Verzugszinsen in Höhe von 8 %-Punkten über dem Basiszinssatz des § 247 BGB zu zahlen.

Auf einen Wegfall der Bereicherung kann sich der Auftragnehmer nicht berufen.
- 13.3 Die Verjährungsfrist für diese Ansprüche des Auftraggebers beträgt acht Jahre, sie beginnt mit der Schlusszahlung.

14 Abtretung

- 14.1 Forderungen des Auftragnehmers gegen den Auftraggeber können ohne Zustimmung des Auftraggebers nur abgetreten werden, wenn sich die Abtretung auf alle Forderungen in voller Höhe aus dem genau bezeichneten Auftrag einschließlich aller etwaigen Nachträge erstreckt. Teilabtretungen sind nur mit schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers gegen ihn wirksam.
- 14.2 Eine Abtretung wirkt gegenüber dem Auftraggeber erst,
 - wenn sie ihm vom alten Gläubiger (Auftragnehmer) und vom neuen Gläubiger unter genauer Bezeichnung der auftraggebenden Stelle des Auftrags gemäß dem Form-

blatt des Auftraggebers schriftlich angezeigt worden ist und

- wenn der neue Gläubiger eine Erklärung gemäß Formblatt mit folgendem Inhalt abgegeben hat:

"Ich erkenne an,

- a) dass die Erfüllung der Forderung nur nach Maßgabe der vertraglichen Bestimmungen beansprucht werden kann,
- b) dass mir gemäß § 404 BGB die Einwendungen entgegengesetzt werden können, die zur Zeit der Abtretung gegen den bisherigen Gläubiger begründet waren,
- c) dass die Aufrechnung mit Gegenforderungen in den Grenzen des § 406 BGB zulässig ist,
- d) dass eine durch mich vorgenommene weitere Abtretung gegenüber dem Auftraggeber nicht wirksam ist.

Zahlungen, die der Auftraggeber nach der Abtretung an den Auftragnehmer leistet, lasse ich gegen mich gelten, wenn vom Zugang der Abtretungsanzeige beim Auftraggeber bis zum Tag der Zahlung (Tag der Hingabe oder Absendung des Überweisungsauftrags an ein Geldinstitut) noch nicht 6 Werktage verstrichen sind. Dies gilt nicht, wenn die die Zahlung bearbeitende Kasse schon vor Ablauf dieser Frist von der Abtretungsanzeige Kenntnis hatte."

14.3 Abtretungen aus mehreren Aufträgen sind für jeden Auftrag gesondert anzuzeigen.

14.4 Ohne Einhaltung der Abtretungsvoraussetzungen nach den Nrn. 14.1 bis 14.3 kann der Auftragnehmer Geldforderungen an einen Dritten abtreten, wenn der Auftragnehmer Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuches (HGB) ist und das Rechtsgeschäft, das die Forderung begründet hat, für ihn ein Handelsgeschäft ist (siehe § 354a Satz 1 HGB).

Die Forderungsabtretung entfaltet dann aber keine bindende Wirkung gegenüber dem Auftraggeber; er kann vielmehr weiterhin mit befreiender Wirkung an den Auftragnehmer Zahlungen leisten. Das gilt auch dann, wenn die Forderungsabtretung dem Auftraggeber angezeigt wird oder er anderweitig davon Kenntnis erlangt (siehe § 354a Sätze 2 und 3 HGB).

15 Sicherheitsleistung (§ 18 VOL/B)

15.1 Die Sicherheit für Vertragserfüllung erstreckt sich auf die Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen aus dem Vertrag, insbesondere für die vertragsgemäße Ausführung der Leistung einschließlich der Abrechnung, für Mängelansprüche und Schadensersatz.

15.2 Die Sicherheit für Mängelansprüche erstreckt sich auf die Erfüllung der Mängelansprüche einschließlich Schadensersatz.

15.3 Wird in den Besonderen Vertragsbedingungen Sicherheit verlangt, hat der Auftragnehmer Sicherheit (vorzugsweise durch Bürgschaft) zu leisten.

15.4 Die Sicherheit für Vertragserfüllung und Mängelansprüche beträgt 5 % der Auftragssumme einschließlich Mehrwertsteuer. Bei besonderen Risiken kann sie bis zu 10 % der Auftragssumme einschließlich Mehrwertsteuer betragen. Bei Erhöhung der Auftragssumme um mehr als 50.000 EURO einschließlich Mehrwertsteuer (Nachträge, Mengenmehrungen usw.) ist die Sicherheit entsprechend zu erhöhen. Der Auftraggeber kann dies auch bei niedrigeren Erhöhungen verlangen.

15.5 Der Auftraggeber ist berechtigt, als Sicherheit die entsprechende Summe bei fälligen Zahlungen aus diesem Vertrag einzubehalten. Ein Einbehalt kann durch eine entsprechende Bürgschaft ersetzt werden.

15.6 Nach Abnahme, Vorlage der prüfbaren Schlussrechnung und nach Erfüllung aller bis

dahin bestehenden Ansprüche kann der Auftragnehmer verlangen, dass die Sicherheit für Mängelansprüche bis auf 3 % der Abrechnungssumme zuzüglich der voraussichtlichen Aufwendungen für die Beseitigung festgestellter Mängel verringert oder gemäß Nr. 16.5 die Bürgschaft ausgetauscht wird.

- 15.7 Die Sicherheit für Mängelansprüche wird zurückgegeben, wenn die Verjährungsfristen für Mängelansprüche abgelaufen und die bis dahin geltend gemachten Ansprüche erfüllt sind.

16 Bürgschaften (§§ 17 und 18 VOL/B)

- 16.1 Wird Sicherheit durch Bürgschaft geleistet, sind die Formblätter des Auftraggebers zu verwenden.
- 16.2 Die Bürgschaft ist von einem
- in den Europäischen Gemeinschaften oder
 - in einem Staat der Vertragsparteien des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder
 - in einem Staat der Vertragsparteien des WTO-Abkommens über das öffentliche Beschaffungswesen zugelassenen Kreditinstitut bzw. Kredit- oder Kautionsversicherer zu stellen (Konzernbürgschaften sind nicht zugelassen.).
- 16.3 Die Bürgschaftsurkunden enthalten folgende Erklärung des Bürgen:
- "Der Bürge übernimmt für den Auftragnehmer die selbstschuldnerische Bürgschaft nach deutschem Recht.
 - Auf die Einreden der Anfechtung und der Aufrechenbarkeit sowie der Vorausklage gemäß §§ 770 und 771 BGB wird verzichtet. Der Verzicht auf die Einrede der Aufrechenbarkeit gilt nicht für unbestrittene oder rechtskräftig festgestellte Gegenforderungen des Auftragnehmers.
 - Die Bürgschaft ist unbefristet; sie erlischt mit der Rückgabe dieser Bürgschaftsurkunde.
 - Gerichtsstand ist Nürnberg.
- 16.4 Die Bürgschaft ist über den Gesamtbetrag der Sicherheit in nur einer Urkunde in Euro zu stellen. Bei Arbeitsgemeinschaften muss die Bürgschaft auf die Arbeitsgemeinschaft ausgestellt sein.
- 16.5 Die Urkunde über die Vertragserfüllungs- und Mängelansprüchebürgschaft wird zurückgegeben, wenn der Auftragnehmer
- die Leistung vertragsgemäß erfüllt hat,
 - etwaige rechtmäßig erhobene Ansprüche befriedigt und
 - eine vereinbarte Sicherheit für Mängelansprüche geleistet hat.
- 16.6 Die Urkunde über die Mängelanspruchsbürgschaft wird zurückgegeben, wenn die Verjährungsfristen für Mängelansprüche abgelaufen und die bis dahin geltend gemachten Ansprüche erfüllt sind.
- 16.7 Die Urkunde über die Vorauszahlungsbürgschaft wird zurückgegeben, wenn die Vorauszahlung auf fällige Zahlungen angerechnet worden ist.

17 Verträge mit ausländischen Auftragnehmern (§ 19 VOL/B)

Bei Auslegung des Vertrages ist ausschließlich der in deutscher Sprache abgefasste Vertragswortlaut verbindlich. Erklärungen und Verhandlungen erfolgen in deutscher Sprache. Für die Regelung der vertraglichen und außervertraglichen Beziehungen zwi-

schen den Vertragspartnern gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

18 Gerichtsstand (§ 19 VOL/B)

Gerichtsstand für Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist – soweit gesetzlich zulässig – Nürnberg.

Besondere Vertragsbedingungen für Lieferungen und Leistungen

Die §§-Angaben beziehen sich auf die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B).

KW2 - Energiekonzept TGA

Erarbeitung von Sanierungs- und Versorgungskonzepten für die technischen Anlagen sowie die Planungsleistungen nach HOAI für die umzusetzende Variante

Planung der TGA, Anlagengruppen 1, 2, 3 und 8 nach HOAI

1. Überwachung der Anlieferung

Die Überwachung obliegt dem Auftraggeber.

Dieser hat Firma/Büro (**Project.CustomerProperty.UFristUeberwach**) mit der Wahrnehmung beauftragt. Anordnungen dürfen nur vom Auftraggeber bzw. vom oben genannten Beauftragten getroffen werden.

2. Anlieferungs- oder Annahmestelle

3. Ausführungsfristen

3.1 Anlieferung bzw. Beginn der Ausführung am: 01.12.2026

3.2 Die Leistung ist fertigzustellen bis zum 30.11.2029

3.3 Folgende Einzelfristen sind Vertragsfristen:

Leistung Datum

4. Vertragsstrafen (§ 11)

Es wird eine Vertragsstrafe vereinbart: **Nein**

4.1 bei Überschreitung der Ausführungsfrist: vom Hundert des Endbetrages der Auftragssumme desjenigen Teils der Lieferung/Leistung, der nicht genutzt werden kann.

4.2 bei Überschreitung von Einzelfristen: Prozent der den unter Ziffer 3.3 genannten Einzelfristen zugehörigen Auftrags-Teilsummen für denjenigen Teil der Lieferung/Leistung, der nicht genutzt werden kann.

4.3 Die Vertragsstrafe wird auf insgesamt 8 vom Hundert des Endbetrages der Auftragssumme begrenzt.

5. Rechnungen (§15)

5.1 Alle Rechnungen sind beim Auftraggeber in folgender Anzahl einzureichen:

und zugleich sind alle Rechnungen bei in folgender Anzahl einzureichen:

5.2 Eventuell notwendige Anlagen zu den Rechnungen (z.B. Mengenberechnungen, Abrechnungszeichnungen, Handskizzen u.s.w.) sind in folgender Anzahl einzureichen:

6. Sicherheitsleistung (§18)

Für die Lieferung/Leistung ist Sicherheit zu leisten: **Nein**

Die Sicherheit für die Vertragserfüllung gemäß Nr. 15 ZAVB/L ist zu leisten in Höhe von **5 Prozent** der Auftragssumme.

7. Veröffentlichungen

Sämtliche Äußerungen oder Mitteilungen des Auftragnehmers gegenüber Dritten, welche die Leistung, den Inhalt des Vertrages oder dessen Abwicklung betreffen, bedürfen der vorherigen Zustimmung des Auftraggebers.

8. Mittelstandsförderung

In Verträgen zwischen Mitgliedern von Arbeitsgemeinschaften sind die Belange kleiner und mittlerer Unternehmen angemessen zu berücksichtigen. Dies ist dem Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen (gemäß Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung vom 20.12.2007 (Nr. I B 1612-917-29-926) in der jeweils gültigen Fassung).

9. Weitere Besondere Vertragsbedingungen

Datenschutzhinweise im Zusammenhang mit der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen

Datensicherheit

Die Sicherheit Ihrer Daten ist uns wichtig, deshalb werden alle Informationen über eine verschlüsselte Verbindung übertragen.

Verantwortlich für die Datenerhebung

Stadt Nürnberg

Rechtsamt Abteilung 3-VMN

Bauhof 9

90402 Nürnberg

Telefon: 09 11 / 2 31 – 4831

Zur verschlüsselten Übertragung Ihrer Nachricht: [Kontaktformular](#)

Datenschutz

Bei Fragen zum Thema Datenschutz wenden Sie sich bitte an:

Stadt Nürnberg

Behördlicher Datenschutz

Rathausplatz 2

90403 Nürnberg

Telefon: 09 11 / 2 31 – 51 15

Zur verschlüsselten Übertragung Ihrer Nachricht: [Kontaktformular](#)

Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Die Datenverarbeitung erfolgt zu folgenden Zwecken:

- Durchführung von Vergabeverfahren, insb.:
 - Bereitstellen von Vergabeunterlagen
 - Beantwortung von Bieterfragen
 - Abfrage und Überprüfung des Vorliegens von Ausschlussgründen
 - Abfrage und Überprüfung der Eignung
 - Erfüllen vergaberechtlicher Transparenzverpflichtungen
- Pflege einer Bieterkartei
- Dokumenten- und Vertragsmanagement
- Vertragsabwicklung
- Führen sachdienlicher Kommunikation

Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung sind Art. 6 Abs. 1 Buchstaben b, c und e DSGVO sowie Art. 4 Absatz 1 BayDSG.

Weitergabe von Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden – soweit erforderlich – weitergegeben an:

- Bundesamt für Justiz zur Einholung von GZR-Auskünften gem. § 150a GewO
- Bundeszollverwaltung zur Einholung von Auskünften betreffend Eignung/Vorliegen von Ausschlussgründen
- Referenzgeber zur Überprüfung von Referenzen
- Sicherheits- und Ordnungsbehörden zur Überprüfung bewachungsrechtlicher Voraussetzungen
- Sachbearbeiter der Stadt Nürnberg zur sachdienlichen Kommunikation
- Teilnehmer an Vergabeverfahren zur Information über die Vergabeentscheidung

Übermittlung an Drittländer

Es erfolgt keine Übermittlung. Bei Übermittlung in Drittländer = Nicht-EU bitte mit der/dem Datenschutzbeauftragten Kontakt aufnehmen.

Speicherzeitraum

Ihre Daten werden bei der Stadt Nürnberg so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen für die genannten Zwecke erforderlich ist.

Bei europaweiten Ausschreibungen sind gem. § 8 Abs. 4 VgV für Liefer- und Dienstleistungen bzw. § 20 EU VOB/A i.V.m. § 8 Abs. 4 VgV für Bauleistungen die Vergabeunterlagen bis zum Ende der Laufzeit des Vertrags/ der Rahmenvereinbarung aufzubewahren, mindestens jedoch für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags.

Bei nationalen Ausschreibungen sind gem. § 6 UVgO für Liefer- und Dienstleistungen die Vergabeunterlagen mindestens für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags aufzubewahren.

Bei beschränkten Ausschreibungen ohne Teilnahmewettbewerb für Bauleistungen deren Auftragswert 25.000 € ohne USt. bzw. bei Freihändigen Vergaben der Auftragswert 15.000 € ohne USt. übersteigt, sind die in § 20 Abs. 3 VOB/A genannten Informationen sechs Monate vorzuhalten, § 20 Abs. 3 Satz 2 VOB/A.

Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen beim Verantwortlichen für die Datenerhebung folgende Rechte zu:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO). Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO). Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO). Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO). Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die Stadt Nürnberg, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz.

Erforderlichkeit der Datenangabe

Nach den oben genannten Rechtsgrundlagen sind die Daten für die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen erforderlich. Bei Nichtbereitstellung dieser Daten kann das Vergabeverfahren möglicherweise nicht erfolgreich durchgeführt und/oder der Vertrag nicht abgeschlossen und abgewickelt werden.

Datenschutzhinweise im Zusammenhang mit der Aufnahme in eine Bieterkartei

Datensicherheit

Die Sicherheit Ihrer Daten ist uns wichtig, deshalb werden alle Informationen über eine verschlüsselte Verbindung übertragen.

Verantwortlich für die Datenerhebung

Stadt Nürnberg
Rechtsamt Abteilung 3-VMN
Bauhof 9
90402 Nürnberg
Telefon: 09 11 / 2 31 – 4831

Zur verschlüsselten Übertragung Ihrer Nachricht: [Kontaktformular](#)

Datenschutz

Bei Fragen zum Thema Datenschutz wenden Sie sich bitte an:

Stadt Nürnberg
Behördlicher Datenschutz
Rathausplatz 2
90403 Nürnberg
Telefon: 09 11 / 2 31 – 51 15

Zur verschlüsselten Übertragung Ihrer Nachricht: [Kontaktformular](#)

Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Die Datenverarbeitung erfolgt zu folgenden Zwecken:

- Pflege einer Bieterkartei
- Abfrage und Überprüfung des Vorliegens von Ausschlussgründen
- Abfrage und Überprüfung der Eignung
- Berücksichtigung in Vergabeverfahren ohne Teilnahmewettbewerb
- Führen sachdienlicher Kommunikation

Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung ist Art. 6 Unterabsatz 1 Buchstabe b DSGVO.

Weitergabe von Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden – soweit erforderlich – weitergegeben an:

- Bundesamt für Justiz zur Einholung von GZR-Auskünften gem. § 150a GewO
- Bundeszollverwaltung zur Einholung von Auskünften betreffend Eignung/Vorliegen von Ausschlussgründen
- Referenzgeber zur Überprüfung von Referenzen
- Sicherheits- und Ordnungsbehörden zur Überprüfung bewachungsrechtlicher Voraussetzungen
- Sachbearbeiter der Stadt Nürnberg zur sachdienlichen Kommunikation

Übermittlung an Drittländer

Es erfolgt keine Übermittlung. Bei Übermittlung in Drittländer = Nicht-EU bitte mit DSB Kontakt aufnehmen.

Speicherzeitraum

Ihre Daten werden bei der Stadt Nürnberg so lange gespeichert, bis Sie uns von dem Wunsch, aus der Bieterkartei entfernt zu werden, in Kenntnis setzen. Personenbezogene Daten in Unterlagen aus Anlass der Aufnahme in die Bieterkartei (z.B. im Rahmen der Eignungsprüfung) werden so

lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erforderlich ist.

Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen beim Verantwortlichen für die Datenerhebung folgende Rechte zu:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO). Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO). Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO). Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO). Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die Stadt Nürnberg, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz.

Erforderlichkeit der Datenangabe

Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist für einen zukünftigen Vertragsschluss erforderlich. Bei Nichtbereitstellung dieser Daten können Sie bei Vergabeverfahren ohne Teilnahmewettbewerb nicht berücksichtigt werden.

Widerrufsrecht bei Einwilligung

Sie können Ihre Einwilligung jederzeit für die Zukunft bei der verantwortlichen Dienststelle widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung bis zum Widerruf wird davon nicht beeinträchtigt.

Erklärung nach dem Arbeitnehmerentsendegesetz (AEntG) und dem Mindestlohngesetz (MiLoG)

Mit Abgabe des Angebots bestätige ich/bestätigen wir, dass im Fall der Auftragserteilung die Entlohnung der an diesem Auftrag beteiligten Arbeitnehmer nicht unterhalb der in Bayern für Tarifvertragsparteien geltenden Lohntarife erfolgen wird, sowie die Beachtung und Einhaltung der weiteren Vorschriften nach den Bestimmungen des AEntG bzw. des MiLoG. Bei einem Einsatz von Nachunternehmern verpflichte(n) ich/wir diese entsprechend.

Auf Verlangen des Auftraggebers werde(n) ich/wir die Entlohnung von mir/uns und meinen/unseren Nachunternehmern eingesetzten Arbeitnehmern nach den in Bayern geltenden Lohntarifen nachweisen und hierzu im erforderlichen Umfang Einsicht in meine/unsere Firmenunterlagen gewähren.

Auf Verlangen des Auftraggebers werde(n) ich/wir prüffähige Unterlagen für die an diesem Auftrag beteiligten Arbeitnehmer insbesondere mit folgenden Angaben vorlegen: Anzahl der im fraglichen Zeitraum an diesem Auftrag beteiligten Arbeitnehmer, Namensliste der tätigen Mitarbeiter, Summe der geleisteten und vergüteten Arbeitsstunden, Summe der Bruttolöhne, Abrechnungsmonat/-jahr, Urlaubslisten.

Das Einverständnis meiner/unserer von mir/uns eingesetzten Arbeitnehmer mit der Vorlage der vorgenannten Unterlagen und Überprüfung der tarifgerechten Entlohnung sowie der weiteren Vorschriften gemäß den Bestimmungen des AEntG werde(n) ich/wir einholen. Einen Einsatz von Nachunternehmern mache(n) ich/wir auch davon abhängig, dass diese entsprechend verfahren und sich verpflichten, dies in gleicher Weise auf Verlangen nachzuweisen.

Mir/Uns ist bekannt, dass ein Verstoß gegen diese vertragliche Vereinbarung meinen/unseren Ausschluss von weiteren Aufträgen zur Folge haben kann (§ 42 Abs. 1 Nr. 1 und 2 UVgO bzw. § 124 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2 GWB i.V.m. § 21 AEntG bzw. § 19 MiLoG)) und dass eine sofortige Kündigung bestehender Aufträge seitens der Auftraggeberin erfolgen kann.

Entsprechend der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentlichen Aufträge und Konzessionen nach dem 9. April 2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Dies umfasst sowohl unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftretende Personen oder Unternehmen als auch mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher.

Ein Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift besteht

- a) durch die **russische Staatsangehörigkeit** des Bewerbers/Bieters oder die **Niederlassung** des Bewerbers/Bieters in Russland,
- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das **Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 Prozent**,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder **auf Anweisung von Personen oder Unternehmen**, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

Bereits vor dem 9. April 2022 geschlossene Verträge mit solchen Personen oder Unternehmen mit Bezug zu Russland dürfen nur bis zum 10. Oktober 2022 fortgeführt werden.

Baumaßnahme

Leistung

KW2 - Energiekonzept TGA

Ich/Wir erkläre(n), dass für mein/unser Unternehmen **keiner** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Fälle zutrifft.

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir zur Ausführung des Auftrags für Teile der Leistung

☐ **nicht** die Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe).

☐ folgende Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe).

☐ Die Leistungen **keines** Eignungsverleihers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.

☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.

☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

- ☐ **keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmer beauftrage(n) / beauftragt habe(n).
- ☐ folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmer beauftragen werde(n) / beauftragt habe(n).

- ☐ Die Leistungen **keines** Nachunternehmers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

- ☐ **keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftrage(n) / beauftragt habe(n).
- ☐ folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftragen werde(n) / beauftragt habe(n).

- ☐ Die Leistungen **keines** Lieferanten überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

Datum/Unterschrift (bei elektronischer Übermittlung: Name der erklärenden Person)

EIGNUNGSKRITERIEN

1	Auswahlschritt I: Erfüllung formaler Kriterien (Ausschlusskriterien) Gewichtung: 10,00%
1.1	Ausschlusskriterien nach § 42 VgV
1.1.1	Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation [Mussangabe] Ich/Wir erkläre(n), dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich mein/unser Unternehmen nicht in .Liquidation befindet <input type="checkbox"/> Keine Angabe (0) <input type="checkbox"/> Ja (0) <input type="checkbox"/> Nein (0)
	Nur eine Antwort wählbar
1.1.2	Zwingende Ausschlussgründe nach § 123 Abs. 1-4 GWB [Mussangabe] Liegen gemäß § 42 Abs. 1 VgV zwingende Ausschlussgründe nach § 123 GWB vor? <input type="checkbox"/> Keine Angabe (0) <input type="checkbox"/> Ja (0) <input type="checkbox"/> Nein (0)
	Nur eine Antwort wählbar
1.1.3	Fakultative Ausschlusskriterien nach § 124 GWB [Mussangabe] Liegen gemäß § 42 Abs. 1 VgV fakultative Ausschlusskriterien nach § 124 GWB vor? <input type="checkbox"/> Keine Angabe (0) <input type="checkbox"/> Ja (0) <input type="checkbox"/> Nein (0)
	Nur eine Antwort wählbar
1.1.4	Selbstreinigung gem. § 125 GWB [Mussangabe] Ich berufe mich / wir berufen uns auf § 125 GWB, weil ein Ausschlussgrund i.S.v. § 123 und / oder § 124 GWB vorliegt. <input type="checkbox"/> Keine Angabe (0) <input type="checkbox"/> Ja (0) <input type="checkbox"/> Nein (0)
	Nur eine Antwort wählbar
1.1.5	Angaben zur Selbstreinigung gem. 125 GWB K. Machen Sie Angaben zur Selbstreinigung i.S.v. § 125 GWB und laden Sie entsprechende Nachweise auf die Plattform. Sofern Sie sich nicht auf § 125 GWB berufen, tragen Sie "Keine" in das Eingabefeld ein. Ggf. Anlagennr. nennen.
1.1.6	Bemerkung Selbstreinigung (für Vergabestelle) Hier können ggf. Eintragungen von der Vergabestelle vorgenommen werden.
1.2	Rechtsform von Unternehmen und Bietergemeinschaften nach § 43 VgV
1.2.1	Rechtsform des Unternehmers
1.2.1.1	Rechtsform des Unternehmens [Mussangabe] Bitte machen Sie Angaben zu Geschäftssitz, Rechtsform und Büroprofil des Bewerbers. Anlagennr.:
1.2.1.2	Angaben zu Inhabern / Partnern [Mussangabe] Bitte reichen Sie eine Vertretungsbefugnis bei juristischen / natürlichen Personen ein (z.B. Handelsregistrauszug bei Vorliegen einer GmbH oder Eigenerklärung/Vollmacht bei Vorliegen einer Gbr) Anlagennr.:

1.2.1.3 Bemerkung Rechtsform (für Vergabestelle)

Hier können ggf. Eintragungen von der Vergabestelle vorgenommen werden.

1.2.2 Wirtschaftliche Verknüpfungen mit anderen Unternehmen

1.2.2.1 Verknüpfungen mit anderen Unternehmen [Mussangabe]

Gibt es Verknüpfungen mit anderen Unternehmen? Bemerkung: Diese Abfrage dient der Überprüfung von etwaiger (unzulässiger) Mehrfachbewerbungen.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

1.2.2.2 Erläuterung zu Verknüpfung mit anderen Unternehmen

Welche Verknüpfungen mit anderen Unternehmen liegen vor? Sofern wirtschaftliche Verknüpfungen mit anderen Unternehmen bestehen, benennen Sie diese Unternehmen und erläutern Sie die Art / Form der Verknüpfung. Sofern keine Verknüpfungen bestehen, tragen Sie "Keine" in das Eingabefeld ein. Ggf. Anlagennr. nennen.

1.2.2.3 Bemerkung wirt. Verknüpfung (für Vergabestelle)

Hier können ggf. Eintragungen von der Vergabestelle vorgenommen werden.

1.2.3 Zusammenarbeit

1.2.3.1 Zusammenarbeit [Mussangabe]

Wird auf den Auftrag bezogen in relevanter Weise mit anderen zusammen gearbeitet? Bemerkung: Diese Abfrage dient der Überprüfung von etwaiger (unzulässiger) Mehrfachbewerbungen.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

1.2.3.2 Erläuterung zur Zusammenarbeit

Auf welche Art wird mit anderen zusammengearbeitet? Sofern Sie nicht mit Anderen auftragsbezogen in relevanter Weise zusammenzuarbeiten, tragen Sie "Keine" in das Eingabefeld ein. Ggf. Anlagennr. nennen.

1.2.3.3 Bemerkung Zusammenarbeit (für Vergabestelle)

Hier können ggf. Eintragungen von der Vergabestelle vorgenommen werden.

1.2.4 Bewerber-/Bietergemeinschaft

1.2.4.1 Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft [Mussangabe]

§43 Abs. 2 VgV: Ist eine Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft vorgesehen?

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

1.2.4.2 Erläuterung zu Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft

Bitte machen Sie ggf. Angaben zu den Teilnehmern der Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft und deren bevollmächtigten Vertretern, ein Formblatt ist den Unterlagen beigelegt. Bietergemeinschaften haben mit ihrem Angebot eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben, - in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft (oder vergleichbarer Zusammenschluss) im Auftragsfall erklärt ist, - in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist, - dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, - dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften. Von jedem Mitglied der Bewerber- oder Bietergemeinschaft ist weiterhin separat eine Erklärung bzgl. der zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe nach §§ 123 - 124 GWB (siehe Punkt 1.1.1 bis 1.1.5) beizubringen. Entsprechende Erklärungen sind als Anlage beizufügen. Sofern Sie sich nicht als Bewerber-/ Bietergemeinschaft bewerben, tragen Sie "Keine" in das Eingabefeld ein. Ggf. Anlagennr. nennen.

1.2.4.3 Bemerkung Bietergemeinschaft (für Vergabestelle)

Hier können ggf. Eintragungen von der Vergabestelle vorgenommen werden.

1.3 Befähigung und Erlaubnis der Berufsausübung nach § 75 VgV

1.3.1 Befähigung/Erlaubnis Berufsausübung nach § 75 VgV [Mussangabe]

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift: Die Anforderungen zu einem besonderen Berufsstand werden erfüllt durch:
a) Natürliche Personen, die gemäß Rechtsvorschriften ihres Heimatstaates zur Führung der Berufsbezeichnung „Ingenieur“ berechtigt sind oder einen Nachweis für eine vergleichbare Qualifikation nachweisen können, oder b)
Juristische Personen, wenn die verantwortliche Person für die Durchführung der Aufgabe ein Berufsangehöriger nach a) ist. Ist in den jeweiligen Heimatstaaten die Berufsbezeichnung gesetzlich nicht geregelt, so erfüllt die Anforderungen als „Ingenieur“, wer über ein Diplom, Prüfungszeugnis oder sonstigen Befähigungsnachweisen verfügt, dessen Anerkennung nach der Richtlinie 2005/36/EG – „Berufsanerkennungsrichtlinie“ – gewährleistet ist. Bei Bewerbungsgemeinschaften ist die Erlaubnis zur Berufsausübung mindestens von jedem Mitglied nachzuweisen.
Ein Nachweis ist beizulegen.
Anlagen Nr.:

1.3.2 Bemerkung Berufszulassung (für Vergabestelle)

Hier können ggf. Eintragungen von der Vergabestelle vorgenommen werden.

1.4 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit nach § 45 VgV

Gewichtung: 10,00%

1.4.1 Berufshaftpflichtversicherung nach § 45 VgV [Mussangabe]

§ 45 Abs. 1 Nr. 3 VgV und § 45 Abs. 4 Nr. 2 VgV:

Der Bewerber muss aufzeigen, dass er im Auftragsfall über eine Berufshaftpflichtversicherung über mindestens 0,5 Mio. € für Personenschäden sowie 0,5 Mio. € für sonstige Schäden, entsprechend § 15 AVB (siehe Anlage) verfügt, oder bereit ist diese abzuschließen. Zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag ist Versicherungsschutz mindestens in Höhe der o. g. genannten Deckungssummen zu gewährleisten. Dieser Betrag muss in jedem Versicherungsjahr mindestens 2-fach zur Verfügung stehen.

Legen Sie dazu eine Erklärung eines Versicherungsunternehmens bei, aus dem hervorgeht, dass
a) es entweder im Auftragsfall bereit ist mit dem Bewerber eine solche Versicherung abzuschließen
oder

b) der Bewerber eine solche Versicherung bereits ständig abgeschlossen hat.

Bei Bietergemeinschaften oder vergleichbaren Zusammenschlüssen mehrerer Bewerber:

Variante 1: Der o.g. Nachweis wird für die gesamte Gemeinschaft ausgestellt, alle Mitglieder sind darin benannt.

Variante 2: Von jedem Mitglied einer möglichen Gemeinschaft wird separat ein entsprechender Nachweis in voller Höhe beigelegt. Werden die geforderten Versicherungsnachweise nicht vorgelegt, kann dies zum Ausschluss führen.

Anlagennr.:

1.4.2 Gesamtumsatz nach § 45 Abs. 4 Nr. 4 VgV

Geben Sie in den nachfolgenden Positionen Ihren Netto-Gesamtumsatz der letzten 3 Geschäftsjahre an. Die Angabe erfolgt in Euro.

Im Falle einer Bieter-/Bewerbungsgemeinschaft ist die Aufstellung für jedes Mitglied der Gemeinschaft zu erbringen.

Mindestanforderung (Ausschlusskriterium):

- im Durchschnitt der letzten drei Geschäftsjahre mindestens 300.000 Euro pro Jahr (netto) (außer bei Büro-neugründungen)

1.4.3 Umsatz 2023 [Mussangabe]

Bitte geben Sie den Netto-Gesamtumsatz für das Geschäftsjahr 2023 an.

1.4.4 Umsatz 2024 [Mussangabe]

Bitte geben Sie den Netto-Gesamtumsatz für das Geschäftsjahr 2024 an.

1.4.5 Umsatz 2025 [Mussangabe]

Bitte geben Sie den Netto-Gesamtumsatz für das Geschäftsjahr 2025 an.

1.4.6 Gesamtumsatz der letzten drei Jahre

Gewichtung: 10,00%

Maximalpunktzahl: 5

Durchschnittlichen Gesamtumsatz der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre.

Eintragung und Wertung erfolgt durch die Vergabestelle.

Bewertungsschema:

5 Punkte: Gesamtumsatz im Durchschnitt der letzten drei Geschäftsjahre > 700.000€ netto

4 Punkte: Gesamtumsatz im Durchschnitt der letzten drei Geschäftsjahre > 600.000 - 700.000€ netto

3 Punkte: Gesamtumsatz im Durchschnitt der letzten drei Geschäftsjahre > 500.000 - 600.000€ netto

2 Punkte: Gesamtumsatz im Durchschnitt der letzten drei Geschäftsjahre > 400.000 - 500.000€ netto

1 Punkte: Gesamtumsatz im Durchschnitt der letzten drei Geschäftsjahre >= 300.000 - 400.000€ netto

[] Keine Angabe (0)

[] Gesamtumsatz im Durchschnitt der letzten drei Geschäftsjahre >= 300.000 - 400.000€ netto (1)

[] Gesamtumsatz im Durchschnitt der letzten drei Geschäftsjahre > 400.000 - 500.000€ netto (2)

[] Gesamtumsatz im Durchschnitt der letzten drei Geschäftsjahre > 500.000 - 600.000€ netto (3)

[] Gesamtumsatz im Durchschnitt der letzten drei Geschäftsjahre > 600.000 - 700.000€ netto (4)

[] Gesamtumsatz im Durchschnitt der letzten drei Geschäftsjahre > 700.000€ netto (5)

Nur eine Antwort wählbar

1.4.7 Bemerkung zur Leistungsfähigkeit

Hier können ggf. Eintragungen von der Vergabestelle vorgenommen werden.

1.5 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit nach § 46 VgV

1.5.1 Angaben zu Mitarbeiter nach § 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV

§ 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV:
Geben Sie das jährliche Mittel der Zahl der Beschäftigten der letzten 3 Geschäftsjahren an.
Anmerkung:
Die Zahl der Beschäftigten werden nicht bepunktet; bei berechtigten Zweifeln an der personellen Leistungsfähigkeit kann dies jedoch zum Ausschluss führen.
Bei Bewerbergemeinschaften bitte die Summe der Mitarbeiter der Bewerbergemeinschaft angeben.

1.5.2 Beschäftigte 2023 [Mussangabe]

Geben Sie das jährliche Mittel der Anzahl der Beschäftigten (ohne Führungskräfte, einschließlich der Ingenieure) für das Geschäftsjahr 2023 an.

1.5.3 Beschäftigte 2024 [Mussangabe]

Geben Sie das jährliche Mittel der Anzahl der Beschäftigten (ohne Führungskräfte, einschließlich der Ingenieure) für das Geschäftsjahr 2024 an.

1.5.4 Beschäftigte 2025 [Mussangabe]

Geben Sie das jährliche Mittel der Anzahl der Beschäftigten (ohne Führungskräfte, einschließlich der Ingenieure) für das Geschäftsjahr 2025 an.

1.6 Eignungsleihe § 47 VgV

1.6.1 Eignungsleihe nach § 47 VgV [Mussangabe]

Eignungsleihe nach § 47 VgV: Für den Auftrag werden im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch genommen. Bei vorgesehener Eignungsleihe wird die Verpflichtungserklärung der/des Unternehmen/s als Anlage beigefügt, ein Formblatt ist in den Unterlagen enthalten. Ebenso werden Nachweise der Eignung der/des Unternehmen/s beigefügt. Hinweise zur Eignungsleihe: Ein Bewerber oder Bieter kann jedoch im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit wie Ausbildungs- und Befähigungsnachweise nach § 46 Absatz 3 Nummer 6 oder die einschlägige berufliche Erfahrung die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden. Für den Fall der Eignungsleihe schreibt der öffentliche Auftraggeber hiermit vor, dass der Bewerber oder Bieter ein Unternehmen, dessen Kapazitäten er im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit in Anspruch nehmen will und das das entsprechende Eignungskriterium nicht erfüllt oder bei dem zwingende Ausschlussgründe nach § 123 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vorliegen, ersetzen muss. Er schreibt weiter vor, dass der Bewerber oder Bieter auch ein Unternehmen, bei dem fakultative Ausschlussgründe nach § 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vorliegen, ersetzen muss.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

1.6.2 Anlage zu Eignungsleihe nach § 47 VgV

Verpflichtungserklärung und Eignungsnachweise zu Eignungsleihe nach § 47 VgV als Anlage. Anlagennr.:

1.6.3 Kommentarfeld Eignungsleihe (für Vergabestelle)

Hier können ggf. Eintragungen von der Vergabestelle vorgenommen werden.

1.7 Unteraufträge

1.7.1 Vergabe von Unteraufträgen [Mussangabe]

Wird beabsichtigt, dass Teile des Auftrags als Unteraufträge vergeben werden?
Bemerkung:
Wenn ein Bewerber die Vergabe eines Teils des Auftrags an einen Dritten im Wege der Unterauftragsvergabe beabsichtigt und sich zugleich im Hinblick auf seine Leistungsfähigkeit gemäß den §§ 45 und 46 auf die Kapazitäten dieses Dritten beruft, ist auch § 47 Eignungsleihe anzuwenden.
Die Auftraggeberin überprüft, ob Gründe für den Ausschluss des Unterauftragnehmers vorliegen. Bei Vorliegen zwingender Ausschlussgründe verlangt der öffentliche Auftraggeber die Ersetzung des Unterauftragnehmers. Bei Vorliegen fakultativer Ausschlussgründe kann der öffentliche Auftraggeber verlangen, dass dieser ersetzt wird.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

1.7.2 Anlage zur Vergabe von Unteraufträgen

Geben Sie die Teile des Auftrags an, die Sie im Wege der Unterauftragsvergabe an Dritte zu vergeben beabsichtigen und benennen Sie das oder die vorgesehene(n) Unternehmen. Mittels Verpflichtungserklärung ist nachzuweisen, dass Ihnen die erforderlichen Mittel des Unterauftragnehmers / dieser Unterauftragnehmer zur Verfügung stehen.
Hinsichtlich Eignungsnachweis des Dritten ist eine Erklärung bzgl. der zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe nach §§ 123-124, ggf. Selbstreinigung (siehe Punkte 1.1.1 bis 1.1.4) beizubringen.
Es ist eine Erklärung abzugeben, dass der Unterauftragnehmer kalkulatorisch nicht in die Hauptkalkulation eingebunden ist und die Einhaltung der Grundsätze des Geheimwettbewerbs sichergestellt sind.
Der Unterauftragnehmer hat für die von Ihm zu erbringenden Leistungen die Eignung (Mindestkriterien) analog „Auswahlschritt II: Qualitative Bewertung (Teil 2)“ nachzuweisen.
Sofern Sie nicht beabsichtigen Unteraufträge zu vergeben, tragen Sie "Keine" in das Eingabefeld ein.
Anlagennr.:

1.8 Vertraulichkeit Unterlagen [Mussangabe]

Wir verpflichten uns alle im Rahmen dieses Teilnahmewettbewerbs und des späteren Verhandlungsverfahrens erhaltene Unterlagen strikt vertraulich zu behandeln und nicht ohne vorherige Zustimmung der Auftraggeberin an Dritte weiterzugeben, zu verwerten oder zu verwenden. Dies gilt auch für Mitarbeitende, welche von den erhaltenen Informationen Kenntnis erhalten haben.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2 Auswahlschritt II: Qualitative Bewertung (Objektplanung)

Gewichtung: 90,00%

2.1 Erläuterungen zum Referenznachweis

Die geforderten Ausschlusskriterien (Mindestanforderungen) und Auswahlkriterien (Bewertung) sind durch vom Bewerber ausgeführten Referenzprojekten nachzuweisen. Zum Nachweis der Kriterien sind entsprechende Präsentationen/Projektbeschreibungen zu den Projekten zu erstellen. Die Projektbeschreibungen müssen Aussagen zu allen geforderten Kriterien enthalten.
Die mit den Punkten 2.2 bis 2.10 geforderten Referenzen sind mit mindestens einem oder maximal 9 unterschiedlichen Projekten nachzuweisen.

2.2 Umbau, Sanierung Nichtwohngebäude, ALG 1,2,3 - LPH2-3

Gewichtung: 18,00%

2.2.1 Erläuterungen

Bitte erstellen Sie eine aussagekräftige Präsentation eines vergleichbaren Referenzobjektes für eine Fachplanung Technische Ausrüstung für den Umbau oder die Sanierung eines Nichtwohngebäudes. Die Planungen müssen Leistungen der Leistungsphasen 2 bis 3 zu den Anlagengruppen 1,2,3 enthalten haben.
Der Gesamtumfang der Präsentation ist auf maximal zwei Seiten DIN A3 beschränkt.

Die Mindestanforderungen an die Referenz sind unter 2.2.3 aufgeführt.
Hinweis: Sollte eine der Mindestanforderungen nicht erfüllt sein, wird die ganze Referenz nicht gewertet.
Die Bewertungsparameter werden unter 2.2.4 genannt.
Bitte achten Sie bei der Präsentation darauf, dass die entsprechenden Punkte deutlich werden, insbesondere durch Schemata, Pläne, stichhaltige textliche Erläuterungen, Fotos, usw..

2.2.2 Angaben Referenzprojekt [Mussangabe]

Referenzobjekt Bezeichnung Anlagen Nr.:

2.2.3 Mindestanforderungen (Ausschlusskriterien)

2.2.3.1 Hinweis

Die nachfolgenden Mindestanforderungen müssen alle additiv nachgewiesen werden. Andernfalls führt dies zum Ausschluss aus dem Vergabeverfahren!

2.2.3.2 Leistungsphasen 2 bis 3 [Mussangabe]

Die erbrachten Leistungen waren Fachplanungen (Technische Ausrüstung) in den Leistungsphasen 2- 3, mindestens der Anlagengruppen 1, 2, und 3 (gem. HOAI 2021, Teil 4, Abschnitt 2, §§ 53 ff.)

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.2.3.3 Zeitraum der Referenz [Mussangabe]

Jede Leistungsphase der Leistungsphasen 2 - 3 wurde im Zeitraum ab 01.01.2018 bis vor Ende Teilnahmefrist dieses Verfahrens abgeschlossen.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.2.3.4 Umfang der Referenz [Mussangabe]

Die anrechenbaren Kosten der Maßnahme zum Zeitpunkt der Kostenberechnung (bzw. Kostenfeststellung) betrugen:

- für KG 410 >=300.000 € netto.
- für KG 420 >= 225.000 € netto.
- für KG 430 >= 175.000 € netto.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.2.3.5 Art der Referenz [Mussangabe]

Die erbrachten Leistungen waren Planungsleistungen für den Umbau oder die Sanierung eines Nichtwohngebäudes.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.2.3.6 Honorarzone [Mussangabe]

Die erbrachten Leistungen waren Planungsleistungen mindestens der Honorarzone II.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.2.4 Bewertung (Auswahlprüfung)

Gewichtung: 18,00%

2.2.4.1 Hinweis

Die Punkte werden additiv vergeben, soweit die nachfolgenden Aussagen zutreffen.

2.2.4.2 Zeitraum der Referenz [Mussangabe]

Gewichtung: 5,40%
Maximalpunktzahl: 1

Jede Leistungsphase der Leistungsphasen 2- 3 wurde im Zeitraum ab 01.01.2021 bis vor Ende Teilnahmefrist dieses Verfahrens abgeschlossen.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (1)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.2.4.3 Umfang der Referenz [Mussangabe]

Gewichtung: 5,40%
Maximalpunktzahl: 1

Die anrechenbaren Kosten der Maßnahme zum Zeitpunkt der Kostenberechnung (bzw. Kostenfeststellung) betrugen:

- für KG 410 >=500.000 € netto.
- für KG 420 >= 400.000 € netto.
- für KG 430 >= 300.000 € netto.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (1)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.2.4.4 Art der Referenz [Mussangabe]

Gewichtung: 7,20%
Maximalpunktzahl: 1

Die Planung beinhalteten eine "Wärmepumpenlösung"

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (1)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.3 Umbau, Sanierung Nichtwohngebäude, ALG 1,2,3 - LPH5-7

Gewichtung: 18,00%

2.3.1 Erläuterungen

Bitte erstellen Sie eine aussagekräftige Präsentation eines vergleichbaren Referenzobjektes für eine Fachplanung Technische Ausrüstung für den Umbau oder die Sanierung eines Nichtwohngebäudes. Die Planungen müssen Leistungen der Leistungsphasen 5 bis 7 zu den Anlagengruppen 1,2,3 enthalten haben.
Der Gesamtumfang der Präsentation ist auf maximal zwei Seiten DIN A3 beschränkt.

Die Mindestanforderungen an die Referenz sind unter 2.3.3 aufgeführt.

Hinweis: Sollte eine der Mindestanforderungen nicht erfüllt sein, wird die ganze Referenz nicht gewertet.

Die Bewertungsparameter werden unter 2.3.4 genannt.

Bitte achten Sie bei der Präsentation darauf, dass die entsprechenden Punkte deutlich werden, insbesondere durch Schemata, Pläne, stichhaltige textliche Erläuterungen, Fotos, usw..

2.3.2 Angaben Referenzprojekt [Mussangabe]

Referenzobjekt Bezeichnung Anlagen Nr.:

2.3.3 Mindestanforderungen (Ausschlusskriterien)

2.3.3.1 Hinweis

Die nachfolgenden Mindestanforderungen müssen alle additiv nachgewiesen werden. Andernfalls führt dies zum Ausschluss aus dem Vergabeverfahren!

2.3.3.2 Leistungsphasen 5 bis 7 [Mussangabe]

Die erbrachten Leistungen waren Fachplanungen (Technische Ausrüstung) in den Leistungsphasen 5- 7, mindestens der Anlagengruppen 1, 2, und 3 (gem. HOAI 2021, Teil 4, Abschnitt 2, §§ 53 ff.)

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.3.3.3 Zeitraum der Referenz [Mussangabe]

Jede Leistungsphase der Leistungsphasen 5 - 7 wurde im Zeitraum ab 01.01.2018 bis vor Ende Teilnahmefrist dieses Verfahrens abgeschlossen.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.3.3.4 Umfang der Referenz [Mussangabe]

Die anrechenbaren Kosten der Maßnahme zum Zeitpunkt der Kostenberechnung (bzw. Kostenfeststellung) betrugen:

- für KG 410 >=300.000 € netto.
- für KG 420 >= 225.000 € netto.
- für KG 430 >= 175.000 € netto.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.3.3.5 Art der Referenz [Mussangabe]

Die erbrachten Leistungen waren Planungsleistungen für den Umbau oder die Sanierung eines Nichtwohngebäudes.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.3.3.6 Honorarzone [Mussangabe]

Die erbrachten Leistungen waren Planungsleistungen mindestens der Honorarzone II.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.3.4 Bewertung (Auswahlprüfung)

Gewichtung: 18,00%

2.3.4.1 Hinweis

Die Punkte werden additiv vergeben, soweit die nachfolgenden Aussagen zutreffen.

2.3.4.2 Zeitraum der Referenz [Mussangabe]

Gewichtung: 5,40%
Maximalpunktzahl: 1

Jede Leistungsphase der Leistungsphasen 5- 7 wurde im Zeitraum ab 01.01.2021 bis vor Ende Teilnahmefrist dieses Verfahrens abgeschlossen.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (1)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.3.4.3 Umfang der Referenz [Mussangabe]

Gewichtung: 5,40%
Maximalpunktzahl: 1

Die anrechenbaren Kosten der Maßnahme zum Zeitpunkt der Kostenberechnung (bzw. Kostenfeststellung) betrugen:

- für KG 410 >=500.000 € netto.
- für KG 420 >= 400.000 € netto.
- für KG 430 >= 300.000 € netto.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (1)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.3.4.4 Art der Referenz [Mussangabe]

Gewichtung: 7,20%
Maximalpunktzahl: 1

Die Planung beinhalteten eine "Wärmepumpenlösung"

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (1)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.4 Umbau, Sanierung Nichtwohngebäude, ALG 1,2,3 - LPH8

Gewichtung: 18,00%

2.4.1 Erläuterungen

Bitte erstellen Sie eine aussagekräftige Präsentation eines vergleichbaren Referenzobjektes für eine Fachplanung Technische Ausrüstung für den Umbau oder die Sanierung eines Nichtwohngebäudes. Die Planungen müssen Leistungen der Leistungsphase 8 zu den Anlagengruppen 1,2,3 enthalten haben.
Der Gesamtumfang der Präsentation ist auf maximal zwei Seiten DIN A3 beschränkt.

Die Mindestanforderungen an die Referenz sind unter 2.4.3 aufgeführt.

Hinweis: Sollte eine der Mindestanforderungen nicht erfüllt sein, wird die ganze Referenz nicht gewertet.

Die Bewertungsparameter werden unter 2.4.4 genannt.

Bitte achten Sie bei der Präsentation darauf, dass die entsprechenden Punkte deutlich werden, insbesondere durch Schemata, Pläne, stichhaltige textliche Erläuterungen, Fotos, usw..

2.4.2 Angaben Referenzprojekt [Mussangabe]

Referenzobjekt Bezeichnung Anlagen Nr.:

2.4.3 Mindestanforderungen (Ausschlusskriterien)

2.4.3.1 Hinweis

Die nachfolgenden Mindestanforderungen müssen alle additiv nachgewiesen werden. Andernfalls führt dies zum Ausschluss aus dem Vergabeverfahren!

2.4.3.2 Leistungsphase 8 [Mussangabe]

Die erbrachten Leistungen waren Fachplanungen (Technische Ausrüstung) in der Leistungsphase 8, mindestens der Anlagengruppen 1, 2, und 3 (gem. HOAI 2021, Teil 4, Abschnitt 2, §§ 53 ff.)

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.4.3.3 Zeitraum der Referenz [Mussangabe]

Die Leistungsphase 8 wurde im Zeitraum ab 01.01.2018 bis vor Ende Teilnahmefrist dieses Verfahrens zu mindestens 50 % abgeschlossen.

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.4.3.4 Umfang der Referenz [Mussangabe]

Die anrechenbaren Kosten der Maßnahme zum Zeitpunkt der Kostenberechnung (bzw. Kostenfeststellung) betrugen:

- für KG 410 \geq 300.000 € netto.
- für KG 420 \geq 225.000 € netto.
- für KG 430 \geq 175.000 € netto.

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.4.3.5 Art der Referenz [Mussangabe]

Die erbrachten Leistungen waren Planungsleistungen für den Umbau oder die Sanierung eines Nichtwohngebäudes.

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.4.3.6 Honorarzone [Mussangabe]

Die erbrachten Leistungen waren Planungsleistungen mindestens der Honorarzone II.

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.4.4 Bewertung (Auswahlprüfung)

Gewichtung: 18,00%

2.4.4.1 Hinweis

Die Punkte werden additiv vergeben, soweit die nachfolgenden Aussagen zutreffen.

2.4.4.2 Zeitraum der Referenz [Mussangabe]

Gewichtung: 6,00%

Maximalpunktzahl: 1

Die Leistungsphase 8 wurde im Zeitraum ab 01.01.2021 bis vor Auftragsbekanntmachung dieses Verfahrens zu mindestens 50 % abgeschlossen.

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja (1)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.4.4.3 Umfang der Referenz [Mussangabe]

Gewichtung: 6,00%

Maximalpunktzahl: 1

Die anrechenbaren Kosten der Maßnahme zum Zeitpunkt der Kostenberechnung (bzw. Kostenfeststellung) betrugen:

- für KG 410 \geq 500.000 € netto.
- für KG 420 \geq 400.000 € netto.
- für KG 430 \geq 300.000 € netto.

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja (1)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.4.4.4 Art der Referenz [Mussangabe]

Gewichtung: 6,00%

Maximalpunktzahl: 1

Die Planung beinhaltet eine "Wärmepumpenlösung"

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja (1)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.5	Umbau, Sanierung Nichtwohngebäude, ALG 4,5 - LPH2-3
2.5.1	Erläuterungen Bitte erstellen Sie eine aussagekräftige Präsentation eines vergleichbaren Referenzobjektes für eine Fachplanung Technische Ausrüstung für den Umbau oder die Sanierung eines Nichtwohngebäudes. Die Planungen müssen Leistungen der Leistungsphasen 2 bis 3 zu den Anlagengruppen 4,5 enthalten haben. Der Gesamtumfang der Präsentation ist auf maximal zwei Seiten DIN A3 beschränkt. Die Mindestanforderungen an die Referenz sind unter 2.5.3 aufgeführt. Hinweis: Sollte eine der Mindestanforderungen nicht erfüllt sein, wird die ganze Referenz nicht gewertet. Bitte achten Sie bei der Präsentation darauf, dass die entsprechenden Punkte deutlich werden, insbesondere durch Schemata, Pläne, stichhaltige textliche Erläuterungen, Fotos, usw..
2.5.2	Angaben Referenzprojekt [Mussangabe] Referenzobjekt Bezeichnung Anlagen Nr.:
2.5.3	Mindestanforderungen (Ausschlusskriterien)
2.5.3.1	Hinweis Die nachfolgenden Mindestanforderungen müssen alle additiv nachgewiesen werden. Andernfalls führt dies zum Ausschluss aus dem Vergabeverfahren!
2.5.3.2	Leistungsphasen 2 bis 3 [Mussangabe] Die erbrachten Leistungen waren Fachplanungen (Technische Ausrüstung) in den Leistungsphasen 2- 3, mindestens der Anlagengruppen 4 und 5 (gem. HOAI 2021, Teil 4, Abschnitt 2, §§ 53 ff.) <div> <input type="checkbox"/> Keine Angabe (0) <input type="checkbox"/> Ja (0) <input type="checkbox"/> Nein (0) </div> <div>Nur eine Antwort wählbar</div>
2.5.3.3	Zeitraum der Referenz [Mussangabe] Jede Leistungsphase der Leistungsphasen 2 - 3 wurde im Zeitraum ab 01.01.2018 bis vor Ende Teilnahmefrist dieses Verfahrens abgeschlossen. <div> <input type="checkbox"/> Keine Angabe (0) <input type="checkbox"/> Ja (0) <input type="checkbox"/> Nein (0) </div> <div>Nur eine Antwort wählbar</div>
2.5.3.4	Umfang der Referenz [Mussangabe] Die anrechenbaren Kosten der Maßnahme zum Zeitpunkt der Kostenberechnung (bzw. Kostenfeststellung) betrugen: - für KG 440 >= 30.000 € netto. - für KG 450 >= 5.000 € netto. <div> <input type="checkbox"/> Keine Angabe (0) <input type="checkbox"/> Ja (0) <input type="checkbox"/> Nein (0) </div> <div>Nur eine Antwort wählbar</div>
2.5.3.5	Art der Referenz [Mussangabe] Die erbrachten Leistungen waren Planungsleistungen für den Umbau oder die Sanierung eines Nichtwohngebäudes. <div> <input type="checkbox"/> Keine Angabe (0) <input type="checkbox"/> Ja (0) <input type="checkbox"/> Nein (0) </div> <div>Nur eine Antwort wählbar</div>
2.5.3.6	Honorarzone [Mussangabe] Die erbrachten Leistungen waren Planungsleistungen mindestens der Honorarzone II. <div> <input type="checkbox"/> Keine Angabe (0) <input type="checkbox"/> Ja (0) <input type="checkbox"/> Nein (0) </div> <div>Nur eine Antwort wählbar</div>
2.6	Umbau, Sanierung Nichtwohngebäude, ALG 4,5 - LPH5-7
2.6.1	Erläuterungen

Bitte erstellen Sie eine aussagekräftige Präsentation eines vergleichbaren Referenzobjektes für eine Fachplanung Technische Ausrüstung für den Umbau oder die Sanierung eines Nichtwohngebäudes. Die Planungen müssen Leistungen der Leistungsphasen 5 bis 7 zu den Anlagengruppen 4,5 enthalten haben.
Der Gesamtumfang der Präsentation ist auf maximal zwei Seiten DIN A3 beschränkt.

Die Mindestanforderungen an die Referenz sind unter 2.6.3 aufgeführt.

Hinweis: Sollte eine der Mindestanforderungen nicht erfüllt sein, wird die ganze Referenz nicht gewertet.

Bitte achten Sie bei der Präsentation darauf, dass die entsprechenden Punkte deutlich werden, insbesondere durch Schemata, Pläne, stichhaltige textliche Erläuterungen, Fotos, usw..

2.6.2 Angaben Referenzprojekt [Mussangabe]

Referenzobjekt Bezeichnung Anlagen Nr.:

2.6.3 Mindestanforderungen (Ausschlusskriterien)

2.6.3.1 Hinweis

Die nachfolgenden Mindestanforderungen müssen alle additiv nachgewiesen werden. Andernfalls führt dies zum Ausschluss aus dem Vergabeverfahren!

2.6.3.2 Leistungsphasen 5 bis 7 [Mussangabe]

Die erbrachten Leistungen waren Fachplanungen (Technische Ausrüstung) in den Leistungsphasen 5- 7, mindestens der Anlagengruppen 4 und 5 (gem. HOAI 2021, Teil 4, Abschnitt 2, §§ 53 ff.)

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.6.3.3 Zeitraum der Referenz [Mussangabe]

Jede Leistungsphase der Leistungsphasen 5 - 7 wurde im Zeitraum ab 01.01.2018 bis vor Ende Teilnahmefrist dieses Verfahrens abgeschlossen.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.6.3.4 Umfang der Referenz [Mussangabe]

Die anrechenbaren Kosten der Maßnahme zum Zeitpunkt der Kostenberechnung (bzw. Kostenfeststellung) betrugen:
- für KG 440 >= 30.000 € netto.
- für KG 450 >= 5.000 € netto.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.6.3.5 Art der Referenz [Mussangabe]

Die erbrachten Leistungen waren Planungsleistungen für den Umbau oder die Sanierung eines Nichtwohngebäudes.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.6.3.6 Honorarzone [Mussangabe]

Die erbrachten Leistungen waren Planungsleistungen mindestens der Honorarzone II.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.7 Umbau, Sanierung Nichtwohngebäude, ALG 4,5 - LPH8

2.7.1 Erläuterungen

Bitte erstellen Sie eine aussagekräftige Präsentation eines vergleichbaren Referenzobjektes für eine Fachplanung Technische Ausrüstung für den Umbau oder die Sanierung eines Nichtwohngebäudes. Die Planungen müssen Leistungen der Leistungsphase 8 zu den Anlagengruppen 4,5 enthalten haben.
Der Gesamtumfang der Präsentation ist auf maximal zwei Seiten DIN A3 beschränkt.

Die Mindestanforderungen an die Referenz sind unter 2.7.3 aufgeführt.
Hinweis: Sollte eine der Mindestanforderungen nicht erfüllt sein, wird die ganze Referenz nicht gewertet.
Bitte achten Sie bei der Präsentation darauf, dass die entsprechenden Punkte deutlich werden, insbesondere durch Schemata, Pläne, stichhaltige textliche Erläuterungen, Fotos, usw..

2.7.2 Angaben Referenzprojekt [Mussangabe]

Referenzobjekt Bezeichnung Anlagen Nr.:

2.7.3 Mindestanforderungen (Ausschlusskriterien)

2.7.3.1 Hinweis

Die nachfolgenden Mindestanforderungen müssen alle additiv nachgewiesen werden. Andernfalls führt dies zum Ausschluss aus dem Vergabeverfahren!

2.7.3.2 Leistungsphase 8 [Mussangabe]

Die erbrachten Leistungen waren Fachplanungen (Technische Ausrüstung) in der Leistungsphase 8, mindestens der Anlagengruppen 4 und 5 (gem. HOAI 2021, Teil 4, Abschnitt 2, §§ 53 ff.)

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.7.3.3 Zeitraum der Referenz [Mussangabe]

Die Leistungsphase 8 wurde im Zeitraum ab 01.01.2018 bis vor Ende Teilnahmefrist dieses Verfahrens zu mindestens 50 % abgeschlossen.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.7.3.4 Umfang der Referenz [Mussangabe]

Die anrechenbaren Kosten der Maßnahme zum Zeitpunkt der Kostenberechnung (bzw. Kostenfeststellung) betrugen:
- für KG 440 >= 30.000 € netto.
- für KG 450 >= 5.000 € netto.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.7.3.5 Art der Referenz [Mussangabe]

Die erbrachten Leistungen waren Planungsleistungen für den Umbau oder die Sanierung eines Nichtwohngebäudes.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.7.3.6 Honorarzone [Mussangabe]

Die erbrachten Leistungen waren Planungsleistungen mindestens der Honorarzone II.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.8 Gebäude Hochbau, ALG 8 - LPH2-3

Gewichtung: 12,00%

2.8.1 Erläuterungen

Bitte erstellen Sie eine aussagekräftige Präsentation eines vergleichbaren Referenzobjektes für eine Fachplanung Technische Ausrüstung für den Neubau, den Umbau oder die Sanierung eines Nichtwohngebäudes. Die Planungen müssen Leistungen der Leistungsphasen 2 bis 3 zu der Anlagengruppe 8 enthalten haben.
Der Gesamtumfang der Präsentation ist auf maximal zwei Seiten DIN A3 beschränkt.

Die Mindestanforderungen an die Referenz sind unter 2.8.3 aufgeführt.
Hinweis: Sollte eine der Mindestanforderungen nicht erfüllt sein, wird die ganze Referenz nicht gewertet.
Die Bewertungsparameter werden unter 2.8.4 genannt.
Bitte achten Sie bei der Präsentation darauf, dass die entsprechenden Punkte deutlich werden, insbesondere durch Schemata,

Pläne, stichhaltige textliche Erläuterungen, Fotos, usw..

2.8.2 Angaben Referenzprojekt [Mussangabe]

Referenzobjekt Bezeichnung Anlagen Nr.:

2.8.3 Mindestanforderungen (Ausschlusskriterien)

2.8.3.1 Hinweis

Die nachfolgenden Mindestanforderungen müssen alle additiv nachgewiesen werden. Andernfalls führt dies zum Ausschluss aus dem Vergabeverfahren!

2.8.3.2 Leistungsphasen 2 bis 3 [Mussangabe]

Die erbrachten Leistungen waren Fachplanungen (Technische Ausrüstung) in den Leistungsphasen 2-3, mindestens der Anlagengruppe 8 (gem. HOAI 2021, Teil 4, Abschnitt 2, §§ 53 ff.)

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.8.3.3 Zeitraum der Referenz [Mussangabe]

Jede Leistungsphase der Leistungsphasen 2 - 3 wurde im Zeitraum ab 01.01.2018 bis vor Ende Teilnahmefrist dieses Verfahrens abgeschlossen.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.8.3.4 Umfang der Referenz [Mussangabe]

Die anrechenbaren Kosten der Maßnahme zum Zeitpunkt der Kostenberechnung (bzw. Kostenfeststellung) betrugen:
- für KG 480 >= 275.000 € netto.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.8.3.5 Art der Referenz [Mussangabe]

Die erbrachten Leistungen waren Planungsleistungen für den Neubau, den Umbau oder die Sanierung eines Gebäudes aus dem Bereich Hochbau.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.8.4 Bewertung (Auswahlprüfung)

Gewichtung: 12,00%

2.8.4.1 Hinweis

Die Punkte werden additiv vergeben, soweit die nachfolgenden Aussagen zutreffen.

2.8.4.2 Zeitraum der Referenz [Mussangabe]

Gewichtung: 6,00%

Maximalpunktzahl: 1

Jede Leistungsphase der Leistungsphasen 2- 3 wurde im Zeitraum ab 01.01.2021 bis vor Ende Teilnahmefrist dieses Verfahrens abgeschlossen.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (1)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.8.4.3 Umfang der Referenz [Mussangabe]

Gewichtung: 6,00%

Maximalpunktzahl: 1

Die anrechenbaren Kosten der Maßnahme zum Zeitpunkt der Kostenberechnung (bzw. Kostenfeststellung) betrugen:
- für KG 480 >= 500.000 € netto.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (1)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.9 Gebäude Hochbau, ALG 8 - LPH5-7

Gewichtung: 12,00%

2.9.1 Erläuterungen

Bitte erstellen Sie eine aussagekräftige Präsentation eines vergleichbaren Referenzobjektes für eine Fachplanung Technische Ausrüstung für den Neubau, den Umbau oder die Sanierung eines Nichtwohngebäudes. Die Planungen müssen Leistungen der Leistungsphasen 5 bis 7 zu der Anlagengruppe 8 enthalten haben. Der Gesamtumfang der Präsentation ist auf maximal zwei Seiten DIN A3 beschränkt.

Die Mindestanforderungen an die Referenz sind unter 2.9.3 aufgeführt.

Hinweis: Sollte eine der Mindestanforderungen nicht erfüllt sein, wird die ganze Referenz nicht gewertet.

Die Bewertungsparameter werden unter 2.9.4 genannt.

Bitte achten Sie bei der Präsentation darauf, dass die entsprechenden Punkte deutlich werden, insbesondere durch Schemata, Pläne, stichhaltige textliche Erläuterungen, Fotos, usw..

2.9.2 Angaben Referenzprojekt [Mussangabe]

Referenzobjekt Bezeichnung Anlagen Nr.:

2.9.3 Mindestanforderungen (Ausschlusskriterien)

2.9.3.1 Hinweis

Die nachfolgenden Mindestanforderungen müssen alle additiv nachgewiesen werden. Andernfalls führt dies zum Ausschluss aus dem Vergabeverfahren!

2.9.3.2 Leistungsphasen 5 bis 7 [Mussangabe]

Die erbrachten Leistungen waren Fachplanungen (Technische Ausrüstung) in den Leistungsphasen 5-7, mindestens der Anlagengruppe 8 (gem. HOAI 2021, Teil 4, Abschnitt 2, §§ 53 ff.)

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.9.3.3 Zeitraum der Referenz [Mussangabe]

Jede Leistungsphase der Leistungsphasen 5 - 7 wurden im Zeitraum ab 01.01.2018 bis vor Auftragsbekanntmachung dieses Verfahrens abgeschlossen.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.9.3.4 Umfang der Referenz [Mussangabe]

Die anrechenbaren Kosten der Maßnahme zum Zeitpunkt der Kostenberechnung (bzw. Kostenfeststellung) betrugen:
- für KG 480 >= 275.000 € netto.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.9.3.5 Art der Referenz [Mussangabe]

Die erbrachten Leistungen waren Planungsleistungen für den Neubau, den Umbau oder die Sanierung eines Gebäudes aus dem Bereich Hochbau.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.9.4 Bewertung (Auswahlprüfung)

Gewichtung: 12,00%

2.9.4.1 Hinweis

Die Punkte werden additiv vergeben, soweit die nachfolgenden Aussagen zutreffen.

2.9.4.2 Zeitraum der Referenz [Mussangabe]

Gewichtung: 6,00%

Maximalpunktzahl: 1

Jede Leistungsphase der Leistungsphasen 5- 7 wurde im Zeitraum ab 01.01.2021 bis vor Ende Teilnahmefrist dieses Verfahrens abgeschlossen.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (1)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.9.4.3 Umfang der Referenz [Mussangabe]

Gewichtung: 6,00%

Maximalpunktzahl: 1

Die anrechenbaren Kosten der Maßnahme zum Zeitpunkt der Kostenberechnung (bzw. Kostenfeststellung) betrugen:
- für KG 480 >= 500.000 € netto.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (1)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.10 Gebäude Hochbau, ALG 8 - LPH8

Gewichtung: 12,00%

2.10.1 Erläuterungen

Bitte erstellen Sie eine aussagekräftige Präsentation eines vergleichbaren Referenzobjektes für eine Fachplanung Technische Ausrüstung für den Neubau, den Umbau oder die Sanierung eines Nichtwohngebäudes. Die Planungen müssen Leistungen der Leistungsphase 8 zu der Anlagengruppe 8 enthalten haben. Der Gesamtumfang der Präsentation ist auf maximal zwei Seiten DIN A3 beschränkt.

Die Mindestanforderungen an die Referenz sind unter 2.10.3 aufgeführt.

Hinweis: Sollte eine der Mindestanforderungen nicht erfüllt sein, wird die ganze Referenz nicht gewertet.

Die Bewertungsparameter werden unter 2.10.4 genannt.

Bitte achten Sie bei der Präsentation darauf, dass die entsprechenden Punkte deutlich werden, insbesondere durch Schemata, Pläne, stichhaltige textliche Erläuterungen, Fotos, usw..

2.10.2 Angaben Referenzprojekt [Mussangabe]

Referenzobjekt Bezeichnung Anlagen Nr.:

2.10.3 Mindestanforderungen (Ausschlusskriterien)

2.10.3.1 Hinweis

Die nachfolgenden Mindestanforderungen müssen alle additiv nachgewiesen werden. Andernfalls führt dies zum Ausschluss aus dem Vergabeverfahren!

2.10.3.2 Leistungsphase 8 [Mussangabe]

Die erbrachten Leistungen waren Fachplanungen (Technische Ausrüstung) in der Leistungsphase 8, mindestens der Anlagengruppe 8 (gem. HOAI 2021, Teil 4, Abschnitt 2, §§ 53 ff.)

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.10.3.3 Zeitraum der Referenz [Mussangabe]

Die Leistungsphase 8 wurde im Zeitraum ab 01.01.2018 bis vor Auftragsbekanntmachung dieses Verfahrens zu mindestens 50 % abgeschlossen.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.10.3.4 Umfang der Referenz [Mussangabe]

Die anrechenbaren Kosten der Maßnahme zum Zeitpunkt der Kostenberechnung (bzw. Kostenfeststellung) betrugen:
- für KG 480 >= 275.000 € netto.

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.10.3.5 Art der Referenz [Mussangabe]

Die erbrachten Leistungen waren Planungsleistungen für den Neubau, den Umbau oder die Sanierung eines Gebäudes aus dem Bereich Hochbau.

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.10.4 Bewertung (Auswahlprüfung)

Gewichtung: 12,00%

2.10.4.1 Hinweis

Die Punkte werden additiv vergeben, soweit die nachfolgenden Aussagen zutreffen.

2.10.4.2 Zeitraum der Referenz [Mussangabe]

Gewichtung: 6,00%

Maximalpunktzahl: 1

Die Leistungsphase 8 wurde im Zeitraum ab 01.01.2021 bis vor Auftragsbekanntmachung dieses Verfahrens zu mindestens 50 % abgeschlossen.

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja (1)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.10.4.3 Umfang der Referenz [Mussangabe]

Gewichtung: 6,00%

Maximalpunktzahl: 1

Die anrechenbaren Kosten der Maßnahme zum Zeitpunkt der Kostenberechnung (bzw. Kostenfeststellung) betrugen:
- für KG 480 >= 500.000 € netto.

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja (1)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
Dateianlage	2026-02-11_I194.001_Massnahmenbeschreibung.pdf	328,69 KB	pdf
Dateianlage	2026-05-07_I194.001_Mustervertrag TGA.pdf	745,55 KB	pdf
Dateianlage	2026-04-10_I194.001_VgV-Restliche Anlagen zum Vertrag.pdf	3,18 MB	pdf
Dateianlage	2026-05-12_I194.001_Honorarangebot TGA.xlsx	34,84 KB	xlsx
Dateianlage	I194.001_VgV_Erlaeuterung_Wertung.pdf	96,98 KB	pdf
Dateianlage	Klärwerk2 - Energiekonzept TGA- Angebotsinhalt.pdf	6,26 KB	pdf
Dateianlage	Klärwerk2 - Energiekonzept TGA- Leistungskriterien.pdf	7,02 KB	pdf
Dateianlage	I194.001_VgV_Erklaerung_Bewerber_Bietergemeinschaft.pdf	77,84 KB	pdf
Dateianlage	I194.001_VgV_Verpflichtungserklaerung_Eignungsleihe.pdf	64,68 KB	pdf
Dateianlage	I194.001_VgV_Verpflichtungserklaerung_Unterauftraege.pdf	65,57 KB	pdf